

# Der Steinlärbeiter

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 16. Juli 1932

36. Jahrgang

Nummer 29

## Kapitalisten als Stempelbrüder

Die Milchflasche der Subventionen — Wege zur Autarkie und vermehrten Ausbeutung? — Neue Straßen zum Sozialismus und zur Freiheit? — Eine Nachfrage!

Seitdem Kapitalismus existiert, haben alle Unternehmer ihre Nase stets auf die Spur des Profits geheftet. Der Mehrwert, entstanden aus niedrigen Löhnen, intensiver Arbeit und langer Arbeitszeit, war das schönste Getränk, nach dem die Kapitalisten Durst verspürten. Gleichzeitig hekten sie gegen alle allgemeinen menschlichen Fortschritte, die dem Arbeiter das Leben erleichterten. So gar im 20. Jahrhundert erlauben sich die Unternehmer noch, den erwerbslosen Arbeitern und Angestellten das Recht auf einen angemessenen Lebenserhalt abzuspüren. Währenddessen haben die Unternehmer selbst aber schon seit Jahrzehnten die goldene Milchflasche staatlicher Unterstützung im Munde und saugen so viel heraus, wie sie nur irgendwie können.

Beginnen wir einmal bei den Erzfeinden des deutschen Arbeiters und Angestellten, dem Junkertum. Seit 60 Jahren lebt es von ungeheurer Zölle, die von der Masse der Werktätigen bei jedem Kaufe des täglichen Brotes bezahlt werden. Die außerdem im November 1931 notverordnete Dithilfe ist vor allem den Großagrarern zugute gekommen. Zur Verhütung der Schuldner erhielten sie vom Staate sofort 100 Millionen Mark in bar. Weitere 500 Millionen Mark werden nach und nach ausbezahlt. Zur Sicherung der Beschaffung von Düngemitteln und Saatgut gab die Regierung außerdem noch weitere gering verzinsliche Kredite und eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 90 Millionen Mark. Damit hat die schwarzweißrote Reaktion insgesamt rund 700 Millionen Mark aus der schwarzrotgoldenen Futtertruppe herausgeholt.

Natürlich hat dies die industriellen Barone auch aufgestachelt. Mit allerlei Zölle, Steuernachlässen, Befreiung von der Zahlung der Sozialbeiträge, staatlichen Aktienkäufen zu aufgebäuschten Kursen, sonstigen Krediten und Barauszahlungen haben sie den Vorprung ihrer Monopolkollegen eingeholt.

Die erste größte Staatsunterstützung waren die 700 Millionen Mark, die nach der Rheinlandbefreiung den Ruhrindustriellen gezahlt wurden. Dann folgten die Ruhrkredit. Hier hat das Reich für hunderte Millionen Mark die Haftung übernommen und damit die im Maulwerk so tüchtigen Unternehmer vom Risiko der kapitalistischen Warenherzeugung befreit. Im Mai 1928 belief sich das ganze schwebende Subventionskonto des Reiches auf 1.200.000.000 Mark Kredit und 1.500.000.000 Mark Bürgschaft, gleich insgesamt 2.700.000.000 Mark!

Im Jahre 1928, als die Sozialdemokratie Regierungseinfluß gewann, trat eine Stodung in dieser kapitalistischen Wohlfahrts-politik ein. Das Kabinett Müller setzte die vom Bürgerblock an Industrie, Handel und Landwirtschaft gewährte 779,5 Millionen Mark Haftsumme auf 521,5 Millionen Mark herunter. Die ersparten hunderte Millionen wurden der Arbeitslosenversicherung, der Wohnungsfürsorge und den Siedlungsgesellschaften zugeführt. Aus Wut darüber brachten dann schließlich Schwerindustrie und Junkertum mit Hilfe der Nazis das Kabinett Müller zu Fall. Seitdem ist die staatliche Subventionsflasche nie mehr leer und immer vollter geworden.

Da ist zunächst die Mannesmann-AG in Düsseldorf. Sie besitzt ein Kapital von 185 Millionen Mark. Sie verteilte 1924 5 Prozent, 1925 5 Prozent, 1926 4 Prozent, 1927 8 Prozent, 1928 7 Prozent Dividende. Das Gesamtvermögen betrug laut Bilanz vom 31. Dezember 1928 248 Millionen Mark. Obwohl die Aktionäre 1928 annähernd 10 Millionen Mark Dividenden bekamen, zahlten die kapitalistischen Klassenregierungen an Mannesmann insgesamt 9.499.000 Mark Ausfallgarantie aus. Die lauren Steuergroschen der Volksmassen wurden so direkt gefräßigsten Aktionären in den Taschen geworfen. Bis 1930 kamen weitere privatkapitalistische Subventionen hinzu, für

Sulfanwerke	3 895 000 Mark
Schichau-Werft	3 535 000 Mark
Niederösterreichische Bergbau-AG	15 000 Mark
Winger	29 951 000 Mark
Düngemittelbeihilfe	79 000 Mark
Grundumschuldung	159 000 Mark
Exportkredite	1 023 000 Mark

Insgesamt wurden so für das unfähige Unternehmertum 48.156.000 Mark verpulvert!

Ein anderes dickgepöppeltes kapitalistisches Flaschenkind ist die Werftindustrie mit den dazu gehörenden großen Reedereien. Für Verluste aus dem Weltkrieg erhielten sie vom deutschen Staate bis 1922 eine Abfindung von 700 Millionen Goldmark. Hinzu kamen vor ein paar Jahren aus amerikanischen Freigabegeldern 82 Millionen Dollar. Damit haben die armen geschädigten und doppelt entschädigten Schiffsaktionäre nach dem Kriege über eine Milliarde an Schmerzensgeld geschenkt bekommen. Aber heute sind sie noch immer arme Teufel, die das Reich um Bürgschaft bitten für zu erwartende Verluste.

Die beiden großen deutschen Schiffsahrtsgesellschaften Hapag und Norddeutscher Lloyd waren am 1. April 1932 nicht in der Lage, ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen. Die Sanierungsberatungen hatten folgendes Ergebnis: Die Bankschulden, 40 Millionen Mark seitens Lloyd, 90 Millionen seitens Hapag, werden verlängert. Das Aktienkapital wird im Verhältnis von 10 zu 3 zusammengesetzt, wodurch ein Buchgewinn von rund 230 Millionen entsteht und das Aktienkapital der beiden durch Poolvertrag vereinigten Gesellschaften auf 48 Millionen sinkt. Das nötige neue Kapital in Höhe von 70 Millionen werden Hapag und Lloyd von einem Bankenkonzern bekommen, wofür das Reich wieder die Haftung übernimmt. In den gemeinsamen Aufsichtsrat der beiden

Gesellschaften entsendet das Reich einen einzigen Vertreter. Weitere acht bedürfen amtlicher Anerkennung. Da aber der Aufsichtsrat aus 30 Personen besteht, ist diese Bestimmung praktisch bedeutungslos.

Bei der Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft Hansa, Bremen, liegen die Dinge ähnlich. Obwohl sie 1931 ein Gesamtergebnis von 3.548.088 Mark hatte, stellte die Firma Anfang 1932 an die Reichsregierung den Antrag, für einen erforderlich werdenden Kredit die Garantie zu übernehmen, damit eine ungehinderte Betriebsführung gewährleistet sei. — Die bereits erwähnte Schichau-Werft in Danzig und Elbing ist ein seit Jahren unrentables Unternehmen. Trotzdem sog sie bis 1928 aus der Staatsflasche 18 Millionen Mark Kredit heraus, ohne daß der Betrieb wieder auf gesunde Beine kam. Nur eingebilbete nationale Prestigegegründe waren für die Subventionen maßgebend.

Ähnlich auf Staatskosten lassen sich die Bergbauaktionäre füttern. Die erste Notverordnung Mitte 1931 bestimmte, daß dem Ruhrbergbau die fälligen Beträge an Arbeitslosenbeiträgen in

Nicht verzagen,  
Freiheits-Pfeile  
tragen!



Höhe von rund 40 Millionen Mark jährlich erlassen werden. Angeblich, um eine Senkung der Kohlenpreise zu erreichen. In Wirklichkeit aber eine neue Form der Subvention.

Eine Gesellschaft, die schon seit Jahren einen tollen Tanz um die Steuerecke des Staates aufführt, ist die Mansfeld AG für Bergbau und Hüttenbetrieb. Durch unsinnige finanzkapitalistische Transaktionen, daraus entstehende Gerichtsprozesse und die Einwirkungen der Wirtschaftskrise auf Produktion und Preise entstanden Schulden in Höhe von 28 Millionen Mark! Infolge Aktienkäufe zu hohen Kursen gingen 5.700.000 Mark verloren! Bald nach diesen Börsenspielerien sah man die so tüchtigen Direktoren vor der Regierung janern und betteln, bis diese dann dem fiederlichen Konzern aus „allgemeinwirtschaftlichen und sozialpolitischen Erwägungen“ eine anständige Beihilfe gab. Zum großen Erstaunen der Öffentlichkeit erklärte er aber auf der im Juni 1932 in Leipzig stattgefundenen Hauptversammlung der Generaldirektor Stahl, daß die öffentlichen Zuschüsse und sonstigen Erleichterungen nur zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages ausgereicht hätten. Der Verlust sei dreimal so hoch gewesen, als man ursprünglich berechnet hätte. Natürlich soll jetzt die Allgemeinheit weiter bluten für die Verantwortungslosigkeit der Konzernführer. Bald hat es den Anschein, als ob mit der steigenden Höhe und Zahl der Zuschüsse auch die Unwirtschaftlichkeit des subventionierten Unternehmens zunehme.

Der Trid, die Regierung zu Beihilfen zu veranlassen, ist in erster Linie die Drohung mit Stilllegung. So haben es die Mechanischen Bleierzbergwerke und die AG für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg, Aachen und Westfalen getan, die der Mansfeld-AG angeschlossen sind. Zuerst hatte man einen Zinsfuß gefordert. Als diese heimliche Subvention nicht gewährt wurde, beantragte man eine offene. Nach verschiedenen Verhandlungen wurden auch drei Millionen Wohlfahrtsunterstützung gewährt und die Stilllegung vermieden. Natürlich sind die Nationalsozialisten eifrig bemüht, diese staatliche Kapitalistenunterstützung, diese Sozialisierung drohender Bankrotte, weiter auszubauen. Im

Juni 1932 stellten die „Arbeiter“ Kube, Freiherr v. Gregorz nebst Genossen im Preussischen Landtag den Antrag, daß er beschließen solle:

Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß nicht nur ein Zoll auf ausländische Metalle eingeführt wird, sondern auch die Einfuhr einer Kontingentierung unterliegt. Einzelnen Unternehmungen sollen für die Uebergangszeit Subventionen zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe gewährt werden.

Schlagender kann wohl nicht die enge Zusammenarbeit und Verbindung der Nationalsozialisten mit dem Kapitalismus bewiesen werden.

Andere Sanierungen des Privatkapitalismus auf Kosten der allgemeinen Steuergroschen wurden kürzlich in der oberösterreichischen Montanindustrie abgeschlossen. Der Oberhüttenkonzern, der aus neun Großbetrieben der Vereinigten Oberösterreichischen Hüttenwerke und den drei Betriebskomplexen der Preußag besteht, erhielt kürzlich ein amtliches Zinsgeschenk von 20 Millionen Mark. Darüber hinaus verlor die öffentliche Hand 18 Millionen Mark, während die privaten Großbanken 4 Millionen Mark Aktienkapital gewannen. Der soviel wegen der geringen Arbeitersozialpolitik gelästerte Staat muß also helfen und opfern, während die Privatunternehmer stets ihren Besitz und Profit in Sicherheit bringen.

Die größte Pleite-sozialisierung ergab sich aber bei den Banken! Den Reigen eröffnete die Danabank. Dann folgten Dresdner Bank, Rheinische Landesbank, Schröder-Bank in Bremen, Ueber in Sachen, die Bank für Handel und Grundbesitz in Berlin. Überall wurden die Steuerzahler abkommandiert, die stürzenden babylonischen Turmbauten überspannter Finanzmagnaten zu stützen. In die bankrotten Trejore der vier Großbanken pumpte der Staat 306.200.000 Mark hinein, um das Kapital aufzufüllen. Die gesamte Kapitalopfer für alle Banken betragen rund eine Milliarde Mark!

Die hier aufgezählten Fälle umfassen schon mehrere Milliarden Mark. Wir könnten die kleine Liste noch seitelang fortsetzen. Vor allem wäre die Verstaatlichung von „Gelsenberg“ zu erwähnen, des ehemaligen Königreichs vom Scharfmacher Rirdorf, wobei aber Börsenhyäne Dr. Fild wahrscheinlich Duzende Millionen wieder verdient.

Die große Masse weiß nicht mehr, wovon sie leben soll. Den Arbeitenden werden fortgesetzt neue Belastungen aufgebürdet, die Unterwürfigkeit der Erwerbslosen auf Bettlerniveau herabgedrückt. Und trotzdem wird die große Milchflasche der staatlichen Aktionärsbäbys nicht leer. Immer neue Millionen fließen hinein, während die Arbeiterschaft kraftlos in die Knie sinkt.

Diese ungeheure Verletzung des sozialen Gerechtigkeitsempfindens muß endlich ein Ende haben. Keinen Pfennig mehr den franken, innerlich faulen und in Konkurs gehenden Firmen! Subventionen machen sie nicht gesund, sondern verlängern nur die Todesstunde. Dieser künstlich verhinderte Tod kostet aber der Allgemeinheit ungeheuer viel Geld, das an anderer Stelle viel produktiver verwendet werden kann. Oft genug verlangen diese sterbenden Unternehmungen auch noch von der Belegschaft selbst große Opfer an Lohn, Arbeitszeit und sozialpolitischen Vorteilen.

Die Gewerkschaften werden also in Zukunft die Subventionierungsfrage schärfer beachten. Mit der Rentenpöppel der Kapitalisten muß ausgeräumt werden! Die große Milchflasche soll auf feinsten Boden fallen und zerschmettern. Nur vollständig gesunde Betriebe dürfen auf Kosten der Allgemeinheit das Recht zur Sanierung erhalten. Offene oder verschleierte Geschenke an die Privataktionäre müssen ausgeschlossen sein. Und wenn der Staat sich zur finanziellen Sicherung des Unternehmens entschließt, muß die Mitbestimmung der arbeitenden Volks und die Aneignung der Profite durch den Staat gesichert sein. Subventionspolitik muß über Staatskapitalismus zur reiflichen Sozialisierung der Produktion führen.

Die Gegner der Gewerkschaften und der Republik lehnen natürlich solche klaren Wege zur gemeinnützigen Wirtschaft ab. Unter dem Schlagwort: „Zur Autarkie“ wollen sie eine Stärkung des „nationalen“ Kapitalismus. Im warmen Fahrwasser der staatlichen Riesenhilfe läßt sich ja gut weiter schwimmen. Mögen ruhig ein paar hunderttausend Arbeiter im kalten Eiswasser der Hungerunterstützung erschöpft untergehen. Das tut den Besitzenden nichts. Gegen diese kapitalistische Brutalität muß mit verstärktem gewerkschaftlichen Zusammenschluß geantwortet werden! Nur durch Geschlossenheit und Einigkeit, auch auf politischem Gebiete, ringen wir die Feinde der Republik, die kapitalistischen Bankrotteure und die unfähige Oberschicht nieder, schaffen wir freie Bahn den Wünschen und Forderungen des wertvollen Volkes!

Ch r. Sch II.

## Arbeitslohn und Kaufkraftschwund

Der wirtschaftliche Niedergang, wie er in der noch immer herrschenden Wirtschaftskrise zum Ausdruck gelangt, hat seine Ursache sicher in erheblichem Umfang in der durch den Weltkrieg herbeigeführten Verarmung der Völker, der großen Teil aber auch in dem kapitalistischen Raubbau, der innerhalb des letzten Jahrzehnts schärfer denn je ihre Kräfte erschöpfte. Die kapitalistischen Einflüsse verhindern, daß die allgemeine Kaufkraft den technischen Fortschritten folgen kann. Wie bekannt, haben sich die Produktivkräfte der Wirtschaft gewaltig vermehrt. In dem gleichen Maße ist die Erzeugungsfähigkeit von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft gestiegen. Für Deutschland allein berechnet sich diese Steigerung teilweise bis zu 100 Prozent. Demgegenüber ist jedoch das Einkommen der arbeitenden Volksschichten, die vorzugsweise als Arbeitnehmer und Verbraucher der erzeugten Güter in Betracht kommen, nicht entsprechend gewachsen, wie es für eine vernünftige Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft notwendig wäre. Unter dem Druck der

behördlich beförderten Lohn- und Gehaltssenkungen, der nicht im gleichen Maße herabgehenden Warenpreise sowie der zunehmenden Arbeitslosigkeit hat vielmehr das Volkseinkommen eine erhebliche Verminderung erfahren. Nach den Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung beträgt dieser Einkommensrückgang gegenüber dem Jahre 1929 etwa 20 Milliarden Mark. Das bedeutet eine so erhebliche Schwächung der allgemeinen Kaufkraft, daß sie die schlechte Lage der Wirtschaft wenn nicht vollständig, so doch in sehr wesentlichen Umfang erklärt.

Das Unternehmertum weiß gegenüber dem so zwischen Produktion und Kaufkraft bestehenden Mißverhältnis keinen anderen Ausweg, als weitere Lohn- und Gehaltssenkungen in Vorschlag zu bringen und diese mit allen sich ihm bietenden Mitteln durchzusetzen. Dabei läßt sich leicht nachweisen, daß auf solchem Wege die vorhandenen wirtschaftlichen Mißstände nicht behoben, sondern nur



verschlimmert werden können. Das Unternehmertum geht hierbei von der Auffassung aus, daß seine eigennützigen Interessen, vor allem aber seine uneingeschränkten Gewinnbestrebungen allein für das Gedeihen der Wirtschaft maßgebend sind. Das ist eine Annahme, die sich jüdisch-gewissenhaft werden muß. Die Unternehmer bilden nicht die Wirtschaft, sondern nur einen Teil von ihr und bei weitem nicht den wichtigsten. Auch der Unternehmerrückgewinn spielt sehr zu Unrecht die ihm innerhalb des heutigen Wirtschaftssystems zugewiesene Rolle. So hoch er auch vielfach noch ist, so sieht er doch an wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung weit hinter der den Arbeitelöhnen zuzurechnenden Bedeutung zurück. Letztere sind es, die wegen der Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger, die zugleich als Verbraucher auftreten, der Wirtschaft Impuls und Leben verleihen und von deren Höhe der wirtschaftliche Niedergang oder Aufschwung abhängig ist. Lediglich der Bekanntheit dieser Tatsache ist es zuzuschreiben, wenn die gegenwärtige Wirtschaft eine erschreckende Rückläufigkeit zeigt und eine Krise von solchem Ausmaß eintreten konnte.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird dadurch charakterisiert, daß man in steigendem Maße darauf bedacht ist, die menschliche Arbeitskraft durch Maschinen und technische Verbesserungen zu verdrängen, angeblich, um die Produktion zu verhelfen und den Verbrauch zu steigern. Dagegen wäre nichts einzuwenden, doch ist von einem solchen Erfolg nichts zu bemerken. Unter vernünftigen Verhältnissen müßte er sich darin zeigen, daß die Erleichterung und Beschleunigung der Arbeit das Ergebnis hätte, bei kürzerer Arbeitszeit und günstigerer Lohngestaltung die Lebenshaltung des Volkes zu heben und auch dem Arbeiter die Möglichkeit einzuräumen, bis dahin unerfüllbare Bedürfnisse zu befriedigen. Eine so geschaffene Verbrauchssteigerung würde so zur Folge haben, die durch den technischen Fortschritt an einer Produktionsstelle abgelösten und überflüssig gewordenen Arbeiter an einer anderen Stelle zu verwenden. Das Entstehen von Arbeitslosigkeit wäre damit ausgeschlossen.

Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, besonders unter der bestehenden Herrschaft kapitalistischer Monopole, wird ein solcher Ausgleich verhindert. Jeder technische Fortschritt hat für den Kapitalisten nur den Zweck, seinen Gewinn zu vergrößern sowie ihm hierbei hinderliche Konkurrenz aus dem Wege zu räumen. Der technische Fortschritt führt zur Produktionsverbilligung. Aber der hieraus entspringende Vorteil nicht der Wirtschaft, sondern nur dem kapitalistischen Unternehmer. Der durch die Maschine beschäftigungslos gewordene Arbeiter wird rücksichtslos auf die Straße geworfen, seine Existenzgrundlage vernichtet und seine Lebenshaltung verschlechtert. Nicht viel besser ergeht es den in Arbeit Bleibenden! Auch ihre Lebenshaltung erfährt eine Herabdrückung, wobei die gleichen Ursachen wirksam sind. Willig unbedacht bleibt dabei, wie mit jedem beschäftigungslosen Arbeiter, mit jeder Lohnverminderung Kaufkraft verloren geht, die Steuerleistungen sinken und die öffentlichen Wohlfahrtsleistungen steigen müssen.

Ein solches Verhalten muß zum Nachteil der Wirtschaft auswirken und Folgen zeitigen, wie sie gegenwärtig in Erscheinung treten. Jede Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität erfordert stärkeren Verbrauch, mehr Kaufkraft, weil sie sonst unsinnig ist und selbst für den Kapitalismus selbstmörderisch wirkt. Und dieser durch steigende Kaufkraft herbeizuführende Mehrverbrauch kann nur unten in den breiten Schichten des arbeitenden Volkes geschaffen werden, weil hier entsprechende Bedürfnisse bestehen oder zu werden sind. Eine Steigerung der Luxusbedürfnisse der besitzenden Klasse vermag einen solchen Erfolg nicht hervorzurufen, weil es sich bei ihr nur um eine verhältnismäßig kleine Oberschicht handelt.

Der Kapitalismus verfolgt die gegenteilige Methode. Die Folge ist, daß sich der Lohnanteil der Arbeiter an dem erzeugten Gesamtprodukt, wie auch im einzelnen fortgesetzt vermindert. Jede neue Maschine, jede weitere technische Verbesserung setzt ihn weiter herunter, ohne daß ein entsprechender Ausgleich erfolgt. Den Beweis hierfür liefern die Ergebnisse der Mechanisierung und Rationalisierung in weitestem Umfang. Die stattgefundenen technischen Umwälzungen zeigen uns eine außerordentliche Erhöhung der Produktionsfähigkeit, höhere Arbeitsleistung bei weniger Arbeitern und geringerem Lohnaufwand. Stellen wir uns vor, daß es so weiter geht, so ergibt sich als Folgerung, daß schließlich nur noch eine Handvoll Ueberkapitalisten übrigbleibt, die nur auf den Knopf zu drücken brauchen, um in ihren mechanisierten Betrieben die Produktion völlig automatisch in Gang zu setzen oder stillzulegen. Damit hätte das Unternehmertum den von ihm bewußt wie unbewußt angestrebten kapitalistischen Idealzustand erreicht. Sie brauchen sich nicht mehr mit den Arbeitern über Lohnfragen und Arbeitsbedingungen zu streiten, weil es Arbeiter nicht mehr geben würde. Nur würde es auch mit der kapitalistischen Produktion und Wirtschaft zu Ende sein, denn ohne Käufer und Verbraucher hört beides auf.

Das ist zwar ein etwas drastisches Beispiel, das sich nicht vollständig verwirklichen läßt. Eine in dieser Richtung gehende Tendenz läßt sich jedoch bei der kapitalistischen Entwicklung nicht bestreiten. Schon Marx hat in seinem „Kapital“ diese Tendenz eingehend behandelt, indem er auf das steigende Wachstum des konstanten, d. h. in

Produktionsmitteln angelegten Kapitals, im Gegensatz zu dem ständigen Sinken des für Arbeitslöhne verwendeten variablen Kapitals hinweist, und diesen Vorgang neben der fortschreitenden Kapitalanhäufung als Ursache für das Entstehen von Krisen wie auch für die Zunahme der industriellen Reservearmee hinstellt. Hier von leitet er denn auch mit den schließlichen Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems ab. Das ungeheure Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren unterstützt diese Auffassung. Einmal muß die in der Zunahme des konstanten Kapitals zum Ausdruck gelangende Anhäufung und Vermehrung der Produktionsmittel infolge der Zusammenstumpfung der für ihre Verwendung notwendigen Verbrauchermassen ein Ende finden, wenn nicht für eine grundlegende Veränderung des herrschenden Produktions- und Verteilungssystems Sorge getragen wird. Diesem Punkte ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung bedenklich nahe gerückt. Seht sich die Entwicklung in dieser Weise fort, so droht ihr, wie Marx voraussetzte, die Gefahr, daß sie an ihrem eigenen Widersinn zugrunde geht.

## Lange Messer — oder lange Gesichter

Die Hitleritis hat das deutsche Bürgertum befallen, stir wie ein Bod steht der Spießer dem Göhen Hitler ab, wie er sich räuspert und wie er spuckt. Ohne zu denken, heißt er alles gut, was durch Nazis getan oder verbrochen wird. Mordtaten werden verherrlicht, Mörder gefeiert und auf den Schultern getragen, statt dem lieben Gott wird Hitler für Speise und Trank gedankt, stolzmäsiges Benehmen der Naziabgeordneten wird als echt germanischer Gefühls- und Tatendrang von alten und jungen, von be- und unbeschoenen Weibern gewertet und zum Anlaß begeisterter Heulrufe genommen.

Mit einem Wort: der Durchschnittsbürger steht Kopf, alle Denkleberlegungsfähigkeit scheint ihm abhanden gekommen zu sein. Die Leithammel freuen sich ihrer Schafe und führen sie blökend in den Abgrund. Ein besonderes Zeichen der Zeit und Zeitgenossen ist es, daß als leuchtendes Signal das Versprechen vorausgeht, die Geburtsnacht des Dritten Reiches werde eine Nacht der langen Messer sein, die laut Nazis traue ein bis zu den Knöcheln reichendes Blutwunder ermöglichen soll. Kein Wunder, wenn der blöde SS- oder SA-Nazi sich bereits im Arbeiterblut schwimmen sieht, während der Spießer glaubt, als lachender Dritter den Zuschauer spielen zu können, ohne daran zu denken, daß es letzten Endes nicht nur Arbeitermord, sondern nebenbei auch Konsumentenmord wäre. Doch lassen wir das sadistische, auf die niedrigsten Instinkte der Menschen pochende hysterische Gebrülle dieser Zeitgenossen. Wenden wir uns vielmehr einem sich zur Zeit abspielenden Vorgang zu, der geeignet ist, einiges Erläutern hervorzurufen. Ich sehe als bekannt voraus, daß die Nazis als getreue Unternehmerrückgewinn und mit ihnen der Durchschnittsbürger seit Jahr und Tag den hohen Löhnen, den überhöhten Sozial- und sonstigen Renten oder mit anderen Worten der Unbekümmtheit der Lohn- und Gehaltsempfänger die Schuld an der Krise beimesen und von dem Abbau der Löhne und Renten eine Hebung der Wirtschaft erhoffen. Selbstverständlich wurde diese Hoffnung von den Unternehmern und deren Presse genährt und gehegt. Der Lohn- und Sozialabbau begann und wütet seit Jahren, um in der Noerverordnung der von Hitlers Gnaden lebenden derzeitigen Reichsregierung ein nie für möglich gehaltenes Maß zu erreichen. Der Durchschnittsbürger müßte demzufolge am Ende seiner Wünsche angelangt sein und sich unter an Hitler gerichteten Dankesworten zur Empfangnahme des vom Lohnraub versprochenen Segens bereit halten. Statt dessen ist festzustellen, daß die Klagen der Bürgerchaft nicht nur nicht verstummen, sondern von Tag zu Tag zunehmen.

Es scheint also etwas nicht zu stimmen, es muß entweder die Rechnung falsch oder das gegebene und geglaubte Versprechen irreführend gewesen sein.

Tatsächlich hört man jetzt von großen, mittleren und kleinen Kaufleuten, von Handwerkern und Gewerbetreibenden die Klage über die geschwundene Kaufkraft der Massen, über zu niedrige Renten usw., die der Masse die Bedarfsbefriedigung unmöglich macht und zur ständig zunehmenden Umsatzverringering führt.

Mir deucht, diese Argumentation schon seit Jahren gehört und gelesen zu haben, allerdings nicht aus „treudeutschen“ oder nazistischen Quellen, sondern von Vertretern der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Ja selbst in den Gemeinde- und Stadtparlamenten wurden den Bürgern diese Winlenwahrheiten immer und immer wieder gepredigt, ohne je ernsthaftes Interesse auf der Gegenseite zu finden. Und nun aus einmal diese vernunft- und erfahrungswirklichen Äußerungen aus Bürgerkreisen. Während ich bisher annahm, daß diese endlich die harten nackten Tatsachen erkennenden Bürger als weiße Raben zu werten seien, während das Gros auch jetzt noch nicht in der Lage wäre, durch den nazistischen Phrasenebel den Kreislauf der Dinge und die damit verbundene Proletarisierung des sogenannten Mittelstandes zu erkennen, lehrt mich ein Vorgang der letzten Tage, daß man noch nicht vollkommen an einer Besserung des geistigen Zustandes des Bürgertums zu zweifeln braucht.

Am 20. Juni kaufte ich mir rein zufällig ein Exemplar der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ und finde darin einen Bericht

über die Verbandstagung der Lebensmittelhändler Schlesiens in Breslau. Nach Entgegennahme einiger Referate, die sich um die außerordentlich zugepöbelte Lage der Klein- und Mittelhändler und die teilweise Unmöglichkeit, die Mieten für die Geschäftsräume usw. aufzubringen, drehten, wurde, so wird berichtet, eine Entschließung angenommen, die nicht weniger als 20 (zwanzig) Forderungen enthält und an die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Lebensmittelhändler überfandt werden soll.

Ich beginne die Forderungen zu lesen und wende schnell das Blatt in dem Glauben, irrtümlicherweise eine Gewerkschafts- oder SPD-Zeitung ausgehändigt bekommen zu haben. Doch es stimmt, ich halte die verlangte Zeitung in der Hand und lese wirklich den Bericht über die Tagung der Lebensmittelhändler. Die erste Forderung von den 20 lautet: „Keine weitere Senkung der Löhne und Gehälter.“

Soll das nicht wundernehmen? Will der Händlerverband und damit der naziverfeuchtete Kleinhändler in die Front der „Eisernen“ einschwenken? fängt Michel an zu denken, zu folgern und abzuzählen, will ihm der Phrasenschwall Hitlers doch bedenklich erscheinen?

Beginnt statt der Periode der langen Messer die der langen Gesichter? Es hätte allerdings lange gebaut, doch wäre es noch nicht zu spät. An der Arbeiterschaft, an den Funktionären der Partei und Gewerkschaften ist es, jetzt in das Lager der Bürgerchaft, der Klein- und Mittelhändler, der Kleinrentner vorzustößen, aufzuklären, an der Hand des seit Jahren erschöpflichen Kreislaufes von Lohnabbau, Betriebsstillegungen usw. die Erkenntnis über die wirkliche Lage des Mittelstandes zu verbreiten und den Bürger darauf hinzuweisen, daß er auf Gedeih und Verderb mit dem Schicksal der Arbeiter verbunden ist und bleibt. Den besten Anschauungsunterricht erteilt schon die letzte Wapen-Notverordnung über die wahnstimmige Kürzung der Unterstützungssätze und Renten. Ein nicht unwesentlicher Teil der Hausbesitzer wird keine Miete erhalten, wird die der größten Notlage eingeräumten kleinen Kredite in den Schornstein schreiben müssen, weil die verbliebenen Hungerpennige nicht mehr zum Allernotwendigsten, geschweige denn zur Zahlung der Miete und kleiner Schuldbeträge reichen. Verweisen wir immer und immer wieder auf diese Zusammenhänge, nutzen wir die Zeit und die anscheinend dämmende Erkenntnis des Kleinbürgertums, das durch täglich steigende Not hellhöriger und kritischer werden wird und schließlich die ganze Hohlheit der nazistischen Phrasen und Versprechungen erkennt. Insbesondere die Aufgabe unserer Frauen dürfte es sein, bei allen Einkäufen den kleinen und mittleren Verkäufers auf die tatsächliche vorliegende Schicksalsverbundenheit zu stoßen.

Helft alle der Entwicklung der langen Gesichter nach und die Propheten der langen Messer werden je eher je besser in eigne Unrat erwidern und mit Schimpf und Schande in die Wüste gejagt werden können.

X. S.

## Der Kampf um die Arbeitsbeschaffung

Wenn die private Wirtschaft keine Arbeit zu schaffen vermag, muß der Staat eingreifen. Ausgehend hiervon haben die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei seit vielen Monaten ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm gefordert. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte auf seinem Kongress am 13. April der Öffentlichkeit praktische Vorschläge unterbreitet, wie das Grundübel der Gegenwart, die Arbeitslosigkeit, gemindert werden kann. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dem Reichstag drei Gesetzentwürfe vorgelegt: einen über die Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaues, einen über die Auslegung einer Prämienanleihe für Arbeitsbeschaffung und einen über Umgestaltung der Haussteuer in eine Rentenschuld. Diese drei Gesetzentwürfe enthalten daneben ein umfassendes Programm für die Arbeitsbeschaffung.

Auf die Regierung Brüning wurde von seiten der Partei und Gewerkschaften ein starker Druck dieser Richtung ausgeübt. Sie übernahm die Forderungen zum Teil. Es sollte eine Prämienanleihe aufgelegt, die Besiedlung des Ostens planmäßig begonnen und auch sonst Arbeit beschafft werden. 60000 Arbeitslose sollten wieder zu Arbeit und Verdienst kommen. Der Regierungswechsel hat die Verwirklichung dieses u. E. bescheidenden Arbeitsbeschaffungsprogramms verhindert. Die neue Regierung speißt die Arbeitslosen mit der scheinheiligen Petzeuerung ab, daß sie die Arbeitsbeschaffung als eine der vorordringlichsten Aufgaben ansehe. Trotzdem hat sie von dem Arbeitsbeschaffungsprogramm ihrer Vorgängerin nur Nebenächlichkeiten übernommen.

Die Millionen Volksgenossen, die ohne Arbeit sind und sich kümmerlich durchschlagen müssen, hatten sich an den Gedanken der Arbeitsbeschaffung als letzte Hoffnung geklammert. Sie sind von der Regierung der Hitler-Barone schwer enttäuscht worden. In diesem Wahlkampf fällt daher auch die Entscheidung darüber, ob die Hoffnungen der Arbeitslosen auf Arbeitsbeschaffung für immer zerfallen sind, oder ob die Pläne der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie verwirklicht werden sollen.

## Vom Wesen des Geldes

In dem Artikel über das „Wesen des Geldes“ in Nr. 25 des „Steinarbeiter“ an dieser Stelle wurden neueste Erkenntnisse über Geld und Währungsfragen richtig, nur in einer unklaren Weise dargestellt. Deshalb sei mir gestattet, einiges ausfüllendes dazu zu sagen: Beim Gelde haben wir es nicht mit irgendeinem abstraktem Ding zu tun, sondern mit einer ganz realen Sache, denn Geld ist uns nur immer stofflich denkbar, ganz gleich, in welcher Form. Ob es Kaurimuschel, Leinwand, Gold- oder Papierstücke sind. Darum „entsteht“ es auch nicht da wo Waren ausgetauscht werden, sondern wo man Waren austauscht, „braucht“ man Geld. Nicht immer braucht man Geld beim Tausch. So hat man in der Urwirtschaft sich ohne Geld behelfen müssen. Die Notwendigkeit, einen einheitlichen Maßstab des Tausches zu finden, zwang den Menschen, sich nach einem solchen umzusehen. Geld ist darum Preisemittel und Tauschmittel, und die Aufgabe des Geldes ist es, Leistungen und Waren gegenseitig zu messen und auszutauschen. Das Geld ermöglicht eine Teilung des Tausches in kleine und kleinste Teile, ebenso eine Unterbrechung des Tausches, der immer nur in der Form vollständig ist. Ware oder Leistung = Geld = Ware.

Darum ist jedes Geld, ganz gleich, welchen Namen es trägt, richtiges Geld, wenn es die an ihm gestellten Forderungen erfüllt. Und darum war auch entgegen der Auffassung des Verfassers die Rentenmark dennoch richtiges Geld. Oder wollen wir unser Silbergeld, das heute vermehrt umläuft, ebenfalls als falsches Geld bezeichnen? — Es ist ebenso, wie die Rentenmark, nur sogenanntes Kreditgeld. Anders ist es allerdings mit dem Giralgeld, dem harten Geldverkehr. Der ist ohne richtiges Geld einfach nicht denkbar, weil es sich stets darauf bezieht. Diese einfachen Verrechnungen von Geldforderungen sind nur möglich, wenn sie jederzeit in stofflichem Geld, also richtigem Geld, realisierbar sind.

Die Auffassung, daß der Wert des Geldes mit der Höhe der Dedung nichts zu tun hat, ist eine richtige Erkenntnis, die noch vor wenigen Jahren mittelbildet behäftet wurde. So wurde die Schuld an der Inflation allgemein im Goldmangel gesehen. Einige Beispiele zu dieser Tatsache: 1928 war die Mark zu 65 Prozent durch Gold und Devisen gedeckt, während sie heute nur noch zu 25 Prozent gedeckt ist, wovon fast die Hälfte ein Rediskonkredit ist, der jederzeit von Frankreich abgezogen werden kann. Trotzdem ist die Kaufkraft der Mark etwa 30 Prozent höher als 1928. Vor mehreren Jahren war der Papierdollar zu 120 Prozent mit Gold gedeckt; man fürchtete Preissteigerung, also Inflation, wenn man in voller Höhe der Goldbedeckung Banknoten verausgabte, was einen Goldabfluß aus Amerika zur Folge gehabt hätte. Im Jahre 1916 bekam man für eine schwedische Papierkrone 1,05 Goldtröten.

Der Wert des Geldes, d. h. seine Kaufkraft, hängt lediglich ab von der Menge des Geldes und der Umlaufgeschwindigkeit der einzelnen Stücke im Verhältnis zum Warenangebot, dem Handelsvolumen. Wird die Geldmenge bei gleichbleibendem Handelsvolumen vermehrt, so wirkt das preissteigernd = inflationär. Ebenso aber wirkt, wenn durch Warnnachrichten die Umlaufgeschwindigkeit gesteigert wird. Vermehrt sich dagegen das Handelsvolumen, und die Tauschmittel nicht, dann ergibt sich daraus Preislenkung = Deflation. Dasselbe ebenso, wenn man von wibrater Seite zu spekulativen Zwecken dem Zirkulationsprozeß Geld entzogen wird. Die Morgankrise 1907—1908 ist ein Schulbeispiel hierfür. Es ist auch unfruchtbar, die Geldmenge von irgendwelchen Gebäuden- und Bodenwerten abhängig machen zu wollen, wie beim Federgeld der Nazi. Wenn damit das Volk beglückt wird, wird es die schönste Inflation erleben. Auswirkung können wir in der französischen großen Revolution nachlesen über die Mandaten- und Assignatenwirtschaft.

Die Kaufkraft hat auch mit der stofflichen Eigenschaft des Geldes nichts zu tun, sondern ergibt sich lediglich aus oben geschilderten Verhältnissen; sie kann also niemals statisch, sondern immer nur dynamisch aufgefaßt werden. Nur wer dynamisch zu denken vermag, wird das Wesen des Geldes begreifen können.

Nur so kann man die ungeheuren Kaufkraftschwankungen des Geldes verstehen, die aus qualitativen oder quantitativen Veränderungen des Geldes an sich doch niemals erklärt werden können. Wie ungeheuer diese Schwankungen sind, erklärt man aus folgenden Zahlen, die von Dr. Zwing Fischer, Amerika, stammen. Er hat dem Golddollar die Kaufkraft von 100 Cent des Jahres 1913 zugrunde gelegt. Danach hatte der Golddollar folgende Kaufkraft:

1860 1 Dollar = 100 Cent	1913 1 Dollar = 100 Cent
1865 1 Dollar = 40 Cent	1920 1 Dollar = 40 Cent
1879 1 Dollar = 100 Cent	1922 1 Dollar = 60 Cent
1896 1 Dollar = 150 Cent	1927 1 Dollar = 75 Cent

Heute dürfte der Golddollar den Wert von 150 Cent wieder erreicht, vielleicht sogar überschritten haben. Wir haben alle zur Genüge erfahren, wie verheerend die Schwankungen des Geldwertes sich auf die gesamte Volkswirtschaft auswirken. Bei steigenden Warenpreisen, also sinkendem Geldwert = Inflation: überstürzte Konjunkturen, die der Hausseespekulation dienen. Steigender Zinsfuß, der natürlich nur aus der Produktion herausgewirtschaftet werden muß, und damit die Gesamtlohnsumme verringert und deshalb dauernde Kämpfe um die Erhaltung des Reallohnes. Bei sinkenden Warenpreisen, also steigendem Geldwert = Deflation, sehen wir dagegen, wie jeder seine Werte möglichst in Geld zu realisieren sucht, so der Wirtschaft das Tauschmittel entzieht, weil

es nun zum Schakmittel geworden ist. Trotz des täglich steigenden Bedarfes der Menschen an Verbrauchsgütern kann niemand arbeiten, weil das Geld den Austausch verweigert. Der Verfasser im „Steinarbeiter“ Nr. 25 vergleicht sehr gut das Geld mit einem Güterwagen, der die Aufgabe hat, die Waren vom Ort der Erzeugung zum Verbrauchsort zu schaffen.

Wissen wir, welche Ursachen den Wertschwankungen des Geldes zugrunde liegen, dann ist auch das Mittel zur Behebung zu finden. Wir können allerdings nicht das jeweilige Handelsvolumen feststellen, um daran die stets notwendige Geldmenge zu errechnen, weil das Handelsvolumen unausegesetzt Veränderungen unterworfen ist.

Wir stellen uns dieses am besten als einen Berg vor, zu dem die Produzenten stets zutragen, die Konsumenten stets wegholen. Je nach dem Fleiß der Produzenten und dem Kaufvermögen der Konsumenten wird der Berg bald größer, bald kleiner sein; wird man für eine gewisse Geldmenge, die man braucht, um etwas wegnemen zu dürfen, ein mehr oder minder großes Stück des Berges erhalten (Angebot und Nachfrage). Aufgabe des Staates muß es nun sein, dafür zu sorgen, daß man für eine bestimmte Menge Geldes stets eine gleich große Menge des Berges erhält, oder wie es in dem zur Sprache stehenden Artikel heißt, dem Geld einen festen Wert in halt zu geben. Das ist nun von der Warenseite her nicht möglich und muß deshalb von der Geldseite her gesehen, denn jede Veränderung des Geldwertes, den man an den wöchentlichen herausgegebenen Preisindizes feststellen kann, zeigt uns eine Verschiebung des Verhältnisses zwischen Warenberg und kauferndem Geldmenge an. Bei sinkenden Preisen wäre die Geldmenge zu erweitern, um neue Kaufmöglichkeiten zu schaffen. Bei steigenden Preisen umgekehrt, um dem Absinken des Geldwertes Einhalt zu tun. Grundsätzlich ist es, die Kaufmöglichkeiten dadurch erweitern zu wollen, daß man künstlich durch Preislenkungsaktionen den Wert des Geldes erhöht. Man erreicht damit nur einen Käuferstreik, verringert die tatsächlich kaufende Geldmenge in immer höherem Maße als die Preislenkung neue Kaufmöglichkeiten schaffen könnte.

Genau wie ein Kapitän sein Schiff lediglich nach dem Kompaß richtet und Abweichungen von einer vorgefaßten Linie korrigiert und damit doch einen geraden Kurs erzielt, genau so muß der Preisindex der Kompaß für eine Währungs mit gleichbleibender Kaufkraft sein. Notwendig ist allerdings, daß das Geld nicht mehr Schakmittel, sondern nur noch Güterwagen sein darf und eine gleichmäßige Umlaufgeschwindigkeit gewährleistet.

„Alle Währungsstabilitäten haben versagt, es müssen neue gesucht werden.“ Ich habe die neuen hier kurz umrissen. Prüfen wir diese und haben dann auch den Mut, dafür einzutreten.

F r i z P a d m o h r.



Wenn sie dich schmähen und wenn sie dich schelten,  
Widersteh nicht mit hitzigem Blut,  
Schweig und schaffe was schön und gut,  
So wirst du zuletzt doch Recht behalten.

# Aus dem Verband für den Verband

Der große Mann geht seiner Zeit voraus,  
Der Kluge geht mit ihr auf allen Wegen,  
Der Schlaupfopf deutet sie gehörig aus,  
Der Dummkopf stellt sich ihr entgegen.

Wer keinen Fußtritt spüren will im Rücken, muß sich nicht bücken

## Nachruf

In Berlin starb am 30. Juni unser Kollege, der Sandsteinmehle **Leonhard Sieben**. Nach monatelangem Lebenskampf blieb in diesem Kampf die Geißel der Sandsteinmehle, die Staublunge, wiederum Sieger. Etwas anderes war auch kaum zu erwarten. Der Kollege Sieben mußte, 57 Jahre alt, dieser Gewalt weichen. Mit ihm wurde uns einer jener älteren Verbandsfunktionäre genommen, die treu und im Glauben unerschütterlich zu ihrer gewerkschaftlichen Sache halten, und die in jeder Tätigkeit, an jeder Stelle ihren Mann für die Arbeiterbewegung stellen. Der Verstorbene hat in der Zahlstelle Berlin und in der dortigen Gauleitung unseres Verbandes die verschiedensten Ehrenämter bekleidet; zuletzt war er Revisor in der Gauleitung. Ein recht unglücklicher Vorgang hat dem Verstorbenen das letzte Jahrzehnt seines Lebens arg verbittert und gestört. Bei den revolutionären Unruhen in Berlin, längere Zeit nach dem Zusammenbruch von 1918, wobei in den Straßen des Schloß- und Regierungsviertels oft wahllos geschossen wurde, traf unsern Kollegen Sieben bei einer Straßenüberquerung auf dem Heimwege von der Arbeit eine Kugel. Die Folge davon war ein verkürztes, steifes Bein. Alle, die Leonhard Sieben kannten, haben diesen Vorgang sehr bedauert; denn Feinde hat der Verstorbene wohl kaum gehabt.

In **Kaiserslautern** verschied am 2. Juli der Zahlstellenkassierer Kollege **Johann Huber** im Alter von 46 Jahren. Zahlstelle, wie der Verband überhaupt, verlieren in dem Verstorbenen einen äußerst gewissenhaften und ehrlichen Funktionär, und die Zahlstelle in besonderer einen rührigen und sachlichen Berater. Kollege Huber war Sandsteinmehle; eine doppelseitige Lungenentzündung, wozu sich Rippenfellentzündung gesellte, machte nach sechswöchigem Quälen seinem Leben ein Ende.

Beide Verstorbenen, der Kollege **Leonhard Sieben** und der Kollege **Johann Huber**, waren gute Menschen, tüchtige Berufskollegen, ehrliche Streiter und überzeugte Anhänger unserer Bewegung. Das sichert ihnen nicht nur ein dauerndes Gedächtnis im Kreise ihrer engeren Freunde, sondern im gesamten Steinmehle-Verbande.

## Der 31. Juli entscheidet über den Lohn der Zukunft

Als das von einer nationalsozialistischen Regierung leichtsinnig herausgeschworene Ruhrabenteuer beendet war und das deutsche Volk aus dem Nullenlang der Inflation erwachte, war das Lohnniveau der deutschen Arbeiterklasse auf einen erschreckenden Tiefstand herabgesunken. Als die Gewerkschaften wieder erstarrten und die politischen Verhältnisse so weit konsolidiert waren, daß eine fruchtbringende Parlamentsarbeit möglich war, konnte der soziale Lebensstandard des deutschen Arbeiters rasch und energisch verbessert werden. Die Entwicklung der Löhne in Deutschland von 1924 bis 1930, also vor der Lohnabbauaktion, gestaltete sich folgendermaßen:

Tarifmäßige Löhne in Pfennig je Stunde:	gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter
1913	66	40
Anfang 1924	58	44
Anfang 1930	112	84
Steigerung ab 1924 in v. H.	93	91

Die vorstehende allgemeine Durchschnittsteigerung, also für alle Berufe und deren Löhne, entspricht ungefähr der Durchschnittsteigerung in der Steinindustrie und im Steinmehle. Unsere Verbands-Jahrbücher weisen das im einzelnen nach. Aber diese Lohnaufbesserung in sechs Jahren war nur dadurch möglich, daß die Gewerkschaften und deren politische Vertretung, die SPD, mit aller Energie darangingen, das Los der Arbeiterklasse zu verbessern. Man sprach von einem politischen Lohn. In der Tat war die Steigerung sowohl des Nominal- als des Reallohns nur infolge des politischen Einflusses möglich, den sich die Hand- und Kopparbeiter errungen hatten. Mit dem ersten Wahlsieg der Nationalsozialisten im Jahre 1930 legte die Verschlechterung ein. Die Wirtschaftskrise wurde dadurch unnötig verschärft. Das deutsche Unternehmertum witterte Morgenluft. Es versuchte, die verlorene Position zurückzugewinnen. Die Wirtschaftskrise bot den gewünschten Anlaß dazu. Je stärker die nationalsozialistische Flut stieg, je frecher die wirtschaftliche und politische Reaktion ihr Haupt erhob, desto niedriger wurden die Löhne und Gehälter.

Jetzt stehen wir vor der großen Frage, ob in der Zukunft das System der Tariflöhne überhaupt bestehen bleiben soll. Die Adelsregierung der Junker und Schlotbarone will hier, gestützt auf die Hitler-Bewegung, reinen Tisch machen. Unter dem Schutze der Wirtschaftskrise und einer Ausnahmegegesetzgebung soll alles das beseitigt werden, was die Gewerkschaften und die SPD in fruchtbringender Arbeit aufgebaut haben. Der Wahlausgang am 31. Juli entscheidet neben vielem andern auch über die Löhne der Zukunft.

Wer deshalb will, daß die Verschlechterung des sozialen Lebensstandards sich weiter fortsetzt, wer will, daß die Tarifverträge vollkommen beseitigt werden, kurzum, wer die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse als ein unerträgliches Schicksal hinnehmen will, der stehe bis zum 31. Juli abseits.

Wer aber den ernsten Willen bekundet, daß die Gewerkschaften und die Partei nach dem politischen und wirtschaftlichen Niederbruch dem deutschen Arbeiter wieder einen tariflich gesicherten Lebensunterhalt schaffen, der setze seine ganze Energie dafür ein, daß am 31. Juli die Stimmenzahl der Sozialdemokratie sich verdoppelt. Uns Wert, Freunde, es geht um eure Zukunft!

## Das Gewerkschaftsblatt im Lesesaal

Die Arbeiterklasse wird vom Intellektuellen in der Regel anders angesehen, als sie ist. Der Arbeiter kennt nach der Meinung dieser Intellektuellen nur das Materielle. Das Ideale zu hüten, das ist darum allein, so meinen sie, die Aufgabe der Intellektuellen. Und so dünken sie sich auch in der geistigen Veranlagung meist noch erhaben über die Arbeiterklasse.

Es ist nicht zu leugnen, daß diese falsche Auffassung von der Arbeiterklasse auch in den intellektuellen Kreisen zu finden ist, die uns nahesteht und mit uns sympathisieren, wie es jetzt ein Aufsatz in einer Monatschrift für sozial-intellektuelle Kreise beweist.

„Die Arbeiter sind“, so heißt es da, „Sozialisten um des materiellen Vorteils willen; diese Arbeiter sehen die beste Position im Kampf um die Materie. Und wenn sie auch politisch die Demokratie verteidigen, so verbleiben sie doch kapitalistisch in ihrer Gesinnung.“

Welch falsche Auffassung! Welch mangelhafte Kenntnis von der Arbeiterklasse! Welche Verwechslung der Tagesaufgabe und des Ziels! Wenn die Gewerkschaften — selbstverständlich! — für die wirtschaftlichen Rechte der Arbeitnehmer, wie der Augenblick es verlangt, eintreten, dann ist das doch kein Beweis für das Fehlen eines idealen Glaubens! Pflegt die Gewerkschaftspresse denn nicht immer und immer zugleich auch die Kultur der Idee? Schon seit Jahren? Seit Jahrzehnten?

Gewiß, es wäre ja gut, wenn auch Intellektuelle, wie es da in der Zeitschrift verlangt wird, sich der Arbeiterklasse in größerer Zahl als bisher für Bildungsarbeit zur Verfügung stellten, aber doch wahrhaftig nicht nur deshalb, damit nun endlich auch auf diesem Gebiete von der Arbeiterklasse etwas getan wird. Wer unser Blatt kennt, weiß, daß die Gewerkschaftspresse auch auf diesem Gebiete ihre Pflicht tut.

Wir würden auf diesen Aufsatz nicht eingehen, wenn er nicht bezeichnend wäre einmal für die mangelhafte Beurteilung der Arbeiterklasse, dann aber auch dafür, wie wenig die Gewerkschaftspresse von den geistigen Arbeitern bisher beachtet worden ist.

Wenn weite Volkskreise sich in einem anderen Lebensmilieu bewegen als die Arbeiter, so bedarf es zum Verständnis für die Arbeiterklasse einer Ergänzung durch die Lektüre der Gewerkschaftspresse.

Wenn die sozialistische Tageszeitung derlei bringt, kann mancher Außenstehende denken, solche Aufsätze waren für eine bestimmte Gruppe, von Intellektuellen etwa, geschrieben. In der Gewerkschaftspresse aber erhält jeder ein Abbild auch des geistigen und ethischen Bedürfnisses der Arbeiterklasse. In der Gewerkschaftspresse spiegelt sich auch das ideale Suchen der Arbeitnehmer wieder, das heute noch so einseitig für die Intellektuellen in Anspruch genommen wird.

Wer die Gewerkschaftspresse kennt, weiß, wie die Seele des Arbeiters fühlt und will. Darum wäre es zur allgemeinen Orientierung über die Arbeiterbewegung wie über Wesen und Ziel und Glauben der Arbeiterklasse wertvoll, wenn die

Der **Chloratit-Sprengstoff** hat sich in der Praxis der Steinmehlearbeit als äußerst gefährlich erwiesen. Wegen seiner Billigkeit, gleich Wirtschaftlichkeit, wird Chloratit nicht von allen Steinmehleunternehmen abgelehnt. Die Unfallberufsgenossenschaften haben leider noch keine gesetzliche Handhabung, ein striktes Verbot gegen Chloratit bei Sprengarbeit zu erlassen, obgleich ein solches Verbot im Interesse der unfallverhüteten Steinmehlearbeiter, ihrer Sprengmeister und auch der Unfallberufsgenossenschaft läge.

Sprengmeister und Steinmehlearbeiter können deshalb, um sich vor schweren Schäden zu schützen, bei dieser Sachlage weiter nichts tun, als die Unfallverhütungsvorschriften für Sprengarbeit (Schießinstruktion) der Steinmehle-Berufsgenossenschaft strengstens zu befolgen. Bekanntlich führt jede Untertreibung bei der Sprengarbeit schließlich zur laxen Handhabung der Vorschriften, das darf nicht sein.

Darum nochmals größte Vorsicht, denn der **Chloratit-Sprengstoff** hat bereits viel persönlichen Schaden angerichtet!

Gewerkschaftspresse auch in die Kreise mehr hineinkäme, die heute ein Gewerkschaftsblatt in der Regel überhaupt nicht zu Gesicht bekommen.

Das kann geschehen durch die Werbearbeit der Gewerkschaftsmitglieder, das kann aber vor allem auch dadurch geschehen, daß die Lesesäle der verschiedensten Art auch die Gewerkschaftszeitungen aushängen und die Gewerkschaftszeitungen so auch öffentlich zu gleichberechtigten Organen auf dem Gebiete der Aufklärung und der Kultur werden. Heute ist es aber so, daß selbst in den Bezirken, die eine ganz bestimmte Gruppe der Arbeiterklasse stellen, das zukünftige Gewerkschaftsblatt in einem Lesesaal nicht zu finden ist.

Die Gewerkschaftspresse ist zahlenmäßig in der Auflagenhöhe wie auch inhaltlich ein solcher Faktor im Kulturleben, daß sie die allgemeine Beachtung, auch über den Kreis des Gewerkschaftsverbandes hinaus, verdient.

Dr. G. H.

## Die Industrie über Reichspolitik, Autarkie und Ständestaat

Der Reichsverband der deutschen Industrie beliebt es in letzter Zeit, öffentliche Kundgebungen in Form von Berichten der Sitzungen seiner Körperschaften herauszugeben. So befahte sich der Hauptauschuß des Reichsverbandes mit der Politik der gegenwärtigen Regierung und legte seine Stellung dazu fest. Besondere wichtig, daß die deutsche Industrie hinter der Reichsregierung in ihrem Kampfe um die außenpolitischen Ziele stehe. Nach den weiteren Ausführungen des offiziellen Berichts zu urteilen, steht die Industrie auch hinter den sonstigen Maßnahmen der Regierung. Es wird eine schleunigste Inangriffnahme einer Reform der Sozialversicherung und der Arbeitslosenfürsorge gefordert. Schließlich erklärt man sich für die Aufrechterhaltung des privatwirtschaftlichen Systems und die Beseitigung entstandener Fehler. Damit ist wahrscheinlich die Einflusnahme der Arbeiterklasse gemeint.

Eine Präzisierung des Reichsverbandes beschäftigte sich neben anderem mit dem Thema „Autarkie — Planwirtschaft — berufsständiger Staat“. Referent war Herr Chemens Lammers. Man merkt es dem offiziell herausgegebenen Bericht über dieses Thema an, daß er sehr sorgfältig frisiert ist. Er bewegt sich teilweise im Einseitigen und Andererseits. Einerseits warnt man vor den Folgen überpannter Autarkiestrebungen und andererseits hebt man „die positiven Gesichtspunkte hervor, welche solchen Bestrebungen geistig innewohnen“. Im Bericht heißt es weiter: „Nach allseitiger Auffassung bedinge eine autarkische Entwicklung gleichzeitig planwirtschaftliche Maßnahmen im Innern der Wirtschaft. Herr Lammers wandte sich gegen falsche Methoden einer Planung, wie sie sich im Ruße nach Staatshilfe im Rahmen der Kartelle, der Sozialpolitik und privater Wirtschaftskreise mehr und mehr zeige. Dagegen sei eine vernünftige Planung auch auf dem Boden privatwirtschaftlicher Selbstbestimmung durchaus möglich. Herr Lammers warnte vor jeder schematischen Planwirtschaft, deren Organe sich rein auf ziffermäßige Parität aufbauen.“ — Hierunter werden wahrscheinlich solche Organe wie der Reichswirtschaftsrat verstanden. Nun kommt der Clou des ganzen: „Demgegenüber sei der Gedanke geistiger Parität, der sich in manchem Streben nach ständischer Gliederung des Volkes ausdrückt, grundsätzlich voll zu bejahen. Lammers schilderte dann die geistigen Bewegungen, die den Drang nach einer ständischen Verfassung hervorgerufen oder verstärkt haben, die Verneinung des Klassenkampfes, das Streben nach Endproletarisierung der Massen, nach ethischer Fundierung der

Arbeit, den Eigentumsgeboten und die Abkehr von einem extremen Individualismus zugunsten einer organisch unvertreten Lebensauffassung, Gedanken, die weitgehend auch in der christlichen Ethik begründet erscheinen.“

Dieser vorsichtige Auszug aus der Rede von Lammers läßt deutlich erkennen, daß das deutsche Unternehmertum mit dem korporativen faschistischen Staat liebäugelt. Vergessen ist alle Tradition einer ausgeprägten liberalistischen Vergangenheit. Als Nachfolger der großen Bahnbrecher des vorrückenden Kapitalismus sehen wir schwankende Gestalten. Auf der einen Seite betont man die Aufrechterhaltung des privatwirtschaftlichen Systems und die Freiheit des selbständigen Unternehmers und auf der andern Seite schwärmt man für einen berufsständigen Staat. Man verneint auf der einen Seite jeden staatlichen Eingriff in das Wirtschaftsleben, um zu gleicher Zeit Millionenbeträge in Form staatlicher Subventionen einzulösen. Man preist die individuelle Freiheit und ruft zu gleicher Zeit nach einer ständischen Verfassung. Das sind Widersprüche, die kein gewöhnlich Sterblicher zu erklären vermag. Es ist dies ein deutlicher Beweis, daß sich im Unternehmertum nach verschiedenen Richtungen ein grundsätzlicher Wandel vollzieht. Oder soll die offiziell betonte Liebe zum faschistischen Staat nur eine Vorsichtsmaschine sein? Daß sich ausgerechnet Herr Lammers zum Wortführer derartiger Gedanken macht, ist bezeichnend. Jedenfalls kann man sich für die Zukunft auf allerhand gefaßt machen, und da den Theorien auch Taten zu folgen pflegen, ist es Pflicht der Arbeiterklasse, auf dem Posten zu sein, damit nicht eines schönen Tages der letzte Rest von Freiheit in der Brandung dieser brodelnden Zeit untergegangen ist.

## Wunderglaube überall

Daß die Not dieser Zeit mit dem Leibe oft auch die Menschenseele zerrütet, stellen wir täglich fest. Vor allem wirkt sich auch die Arbeitslosigkeit vielfach in dieser Weise aus. „Dem ersten Unruhe- und Angstgefühl nach Verlust der Arbeitsstelle“, schreibt hierüber Georg Beyer in der „Gewerkschaftszeitung“, folgt bei längerer Dauer gewöhnlich eine Verzweiflungstimmung. — Nun folgt meist eine heftige Auflehnungstimmung, von der nichts verschont bleibt.“ Und Beyer fährt fort: „Von hier aus ist es dann meistens nur ein Schritt in die Reihe aller möglichen Heillehren und Wunderrezepte.“

So ist es denn nicht verwunderlich, wenn der Geheimmittelhandel mehr und mehr um sich greift und wenn er es jetzt gar zu einem Mittel gebracht wird, durch das der Mensch, wie diese Schwindler behaupten, zum Hellscher wird. Ueber diese bedauerliche Zeitercheinung berichtet Dr. Mamlod in der „Medizinischen Welt“.

Es handelt sich hierbei um ein „Extrakt“, von dem man in einem Löffelglas Tropfen zu nehmen hat. Das Extrakt Nr. 1 ist für die, die nur gelegentlich hellsehen wollen. Das Extrakt Nr. 2 macht den Menschen zum Dauerhellseher. Und wer nicht gern einnimmt, der kann nach diesen Angaben denselben Zweck erreichen, wenn er sich das Extrakt Nr. 3 zwischen Rippen und Nabel einreibt.

Es ist empörend, daß gerissene Menschen die Not ihrer Mitwelt so ausnutzen. Und es ist bedauerlich, daß der denkende Mensch innerlich so aufgelöst wird, daß er an solchen Schwindel glaubt und zu ihm seine Zuflucht nimmt. Es gibt Zauberrezepte weder für das Einzelleben noch für das große Zusammensein. **Nur der klare Kopf bringt uns vorwärts!**

**Köln.** In einer am 17. Juni abgehaltenen Mitgliederversammlung erbatete die Lohnkommission Bericht über die Verhandlungen für das Steinmehlegewerbe am Schlichtungsausschuß. Die Verhandlung Ende Mai mit dem Arbeitgeberverband mußte vertagt werden, weil die Vorschläge der Unternehmer Fortzahlung des alten Lohnes von 1,40 Mark bis 10. Juni, von 11. bis 30. Juni 1,20 Mark, ab 1. Juli gleich 1,10 Mark von der Lohnkommission abgelehnt wurde. Da keine Einigung über Lohnhöhe und Laufdauer erzielt werden konnte, wurde beschlossen, dem Schlichtungsausschuß die Angelegenheit zu unterbreiten. Dort Verhandlung am 10. Juni, der außer dem Herrn Dombaumeister Güldenpfennig nur der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes beizohnte, führte zu einer Verständigung beider Parteien auf folgender Grundlage: Der bisherige Tarifvertrag bleibt in seiner alten Fassung weiter bestehen, der Stundenlohn beträgt ab 11. Juni 1,20 Mark bis 19. August, ab 20. August 1,15 Mark bis 1. Dezember 1932. Obgleich die Kölner Steinmehle zu den Schlichtungsinstanzen kein Vertrauen haben, und ihre Lohnbewegungen bis jetzt stets durch freie Vereinbarungen oder Lohnkämpfe stetig durchgesetzt haben, sah sich die Lohnkommission diesmal gezwungen, gestützt auf das Vertrauen der Kölner Kollegen, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, ohne vorher die Zustimmung der Versammlung eingeholt zu haben. — In der Ergänzung des Berichts erklärt der Vorsitzende, daß eine weitere Hinausschiebung der Verhandlungen den Kölner Steinmehle keine weiteren Vorteile gebracht hätte. In der kurzen Aussprache wurde betont, daß unter den gegebenen Umständen der Lohnkommission für die Unterzeichnung des Lohnabkommens kein Vorwurf zu machen sei. In der Abstimmung wurde einstimmig das Vertrauen ausgesprochen und die Vereinbarung angenommen. In einem Auftrug der SA, den ADGB zu beauftragen, gegen den Faschismus eine Einheitsfront der Arbeiterklasse zu organisieren, hat der Vorsitzende der Zahlstelle dahingehend geantwortet, daß sich die deutsche Arbeiterklasse beglückwünschen könne, wenn sie dieses Ziel erreiche. Wenn das deutsche Volk sich den Luxus der Arbeiterzerstückelung noch weiter leisten wolle, würden die reaktionären Kräfte, die jetzt am Werke sind, der deutschen Arbeiterklasse eine Quittung überreichen, in der alle sozialen Errungenschaften mit einem Federstrich beseitigt würden. Für die von der Ueberschwehmungskatastrophe betroffenen Kollegen in Güls an der Mosel wurden aus der Lokalkasse 10 Mark bewilligt, mit der Maßgabe, daß die arbeitenden Kollegen hierzu eine kleine Spende beisteuern möchten. — Anschließend an die Debatte über den schwindenden Lokalkassenbestand wurde bemängelt, daß nur Wohlfahrtsvereinsbeiträge heitragsfreie Marken kleben dürfen, während Kräfteunterstützte in den meisten Fällen nicht mehr erhalten als an der Wohlfahrt. Des weiteren wurde der Erwerbslosenbeitrag von 20 Pfg. als nicht mehr tragbar bezeichnet, nachdem die neue Notverordnung wieder neue Abzüge verordnet habe. 10 Pfg. Beitrag sei das höchste, was Erwerbslose bei diesen Unterstützungsfällen noch bezahlen könnten, wenn wir sie beim Verbanne halten wollten. Der Zentralvorstand soll beauftragt werden, zu diesen Vorschlägen Stellung zu nehmen.

**Mainz.** (Pflasterer.) Unter dem Vorsitz des Kollegen **Wenzel** fand am 12. Juni eine wichtige Versammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der verstorbene Kollege **H. Beyer** durch Erheben von den Sigen geehrt. Tagesordnung: Lohnbewegung, Schiedspruch, Schriftliches und Verschiedenes. Kollege **Wenzel** gab ausführlichen Bericht von den Lohnverhandlungen am 18. Mai. Da wir uns mit den Arbeitgebern nicht einigen konnten, wurde auf Veranlassung der Gauleitung der Schlichtungsausschuß Frankfurt a. M. angerufen; dieser fällte folgenden Spruch: Der Stundenlohn eines Pflasterers beträgt ab 1. Juni 1932 102 Pfennig. Das Abkommen läuft bis 28. Februar 1933. — Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Kürzung der Gehälter unserer Angestellten, der Invaliden- und der Arbeitslosenunterstützung verurteilt. In der Diskussion wurde beantragt und beschlossen, beim Hauptvorstand anzufragen, wie hoch jetzt die Gehälter sind. Nach längerer Aussprache schloß Kollege **Wenzel** die gut besuchte Versammlung.



## Rundschau

**Ein internationaler Arbeitsbeschaffungsplan.** Die „Internationale Wirtschaft“ Organ der Internationalen Handelskammer, beschäftigt sich in ihrem Juni-Heft mit Vorschlägen des französischen Nationalökonom Francis Delaunay zur Arbeitsbeschaffung. Dieser französische Wirtschaftler befaßt sich mit dem Problem der kleinen europäischen Agrarstaaten: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland. Diese haben eine Bevölkerung von 90 Millionen. Die vorgenannten Länder hatten eine Gesamteinfuhr an Fertigwaren von 1088 Millionen Dollar oder 11 Dollar je Kopf der Bevölkerung. Ueberseeische Agrarländer wie Argentinien, Australien, Chile, Kanada, Neuseeland, Südafrika und Uruguay haben eine Fertigungswareneinfuhr von 54 Dollar je Kopf der Bevölkerung. Die Kaufkraft der Bewohner der überseeischen Agrarländer ist also wesentlich höher als die der europäischen. Zur Hebung der Kaufkraft des ost-europäischen Bauern schlägt Delaunay den Bau von Straßen, Lagerhäusern und die Modernisierung des Verkehrs in diesen Ländern vor. Diese Maßnahmen würden die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung außerordentlich steigern. Durch Herabsetzung der Zinsätze würde die Kaufkraft von 60 Millionen Bauern verdoppelt. 1,8 Millionen Dollar Kapitalaufwand erfordert das vorgeschlagene Straßenbauprogramm. Dieses Kapital ist vorhanden, da allein in Europa 5000 Millionen Dollar Kapital unproduktiv und unverzinst brachliegt. Die Unterstützung von 12 Millionen Arbeitslosen und ihren Familien erfordert etwa 2000 Millionen Dollar jährlich. „Wäre es nicht erträglicher“, so führt Delaunay aus, „eine Summe, die der Arbeitslosenunterstützung von 1 1/2 Jahren entsprechen würde, in produktiver Arbeit anzulegen und so die Produktionsmittelindustrien und schließlich die gesamte Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, anstatt die Ersparnisse Europas unproduktiv in wenigen Jahren zu verzehren“. — Der Vorschlag des französischen Wirtschaftlers ist wert, beachtet zu werden.

**Die Unternehmer fordern Koalitionsfreiheit.** Auf der letzten Sitzung des Hauptausschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte man sich mit der Koalitionsfreiheit des Unternehmers. Der Referent Müller-Derlinghausen ging nach dem offiziellen Pressebericht davon aus, „daß nach den Grundrechten der Reichsverfassung nicht nur die Koalitionsfreiheit auf dem Lohn- und Arbeitsgebiet, sondern auch die wirtschaftliche Koalitionsfreiheit des Unternehmers und des Konsumenten gewährleistet sein müsse, die ein notwendiges und unentbehrliches Mittel zur Aufrechterhaltung unserer Gütererzeugung und -verteilung sei. Staatliche Zwangsmaßnahmen seien grundsätzlich zu bekämpfen, gleichgültig, ob sie die Preise oder die Löhne betreffen. Wenn die Kartellauflösung lediglich den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen bekämpfe, so würde sie den Reichsverband immer an ihrer Seite finden.“

Die Unternehmer verlangen für sich Koalitionsfreiheit, als ob sie diese bisher nicht gehabt und rücksichtslos ausgenutzt hätten. Es soll in Deutschland 2500 bis 3000 Kartelle und kartellähnliche Gebilde geben. An dieser ungeheuren Zahl kann man ermaßen, wie diese Herren die Koalitionsfreiheit ausgenutzt haben. Daneben bestanden ohne Handelskammern und ähnliche Organisationen nach den letzten Feststellungen an Unternehmerorganisationen: 1476 Reichsverbände, 2157 Landes- und Bezirksverbände und etwa die gleiche Zahl Ortsverbände. Von 1909 bis 1929 haben die Reichsverbände um 2000 und die Landes- und Bezirksverbände um 400 Prozent zugenommen. Dazu treten Kartelle, Handelskammern und dergleichen mehr. Bei einem solchen Organisationsapparat klingt es pharisäerhaft, wenn man nach Koalitionsfreiheit verlangt. Die nach unserer Meinung geringen Beschränkungen durch die Kartellgesetzgebung lassen die Koalitionsfreiheit in vollem Umfange bestehen. Die Koalitionsfreiheit der Unternehmer und der Konsumenten gleichzusetzen, ist nach unserer Meinung ein Unfug. Die zerplütterten Konsumenten sind mit den Besitzern der Produktionsmittel, den Unternehmern, nicht zu vergleichen. Oder will man etwa die wenigen Mitglieder (Großkonzerne) des

## Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Der unterm 21. Mai 1932 erneut abgeschlossene Reichstarifvertrag für Marmor- und Grabmalbetriebe liegt unmeßbar gedruckt vor und kann zum Preise von 10 Pfg. pro Exemplar bezogen werden. Zwecks Portoerparnis wird gebeten, die Bestellungen gesammelt durch die Zahlstellenverwaltung aufzugeben.

Den Zahlstellenverwaltungen sind je nach ihrer Mitgliederstärke ein oder zwei Broschüren übermittelt worden: „Kampf dem Betriebsfaschismus!“ Falls eine Zahlstelle die Zustellung nicht erhalten hat, wird gebeten, sie nachzufordern. Vor allem soll der Broschüren-Inhalt den Kollegentreifen zugänglich sein. Der Sendung lagen auch die Merkblätter für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bei.

## Adressenänderungen

1. Gau: **Lauenburg.** Kass.: E. Kropp, Karlstraße 11, II.
4. Gau: **Verenburg.** Kass. Otto Rehsfeld sen., Lange Straße 11, Staffurt. Vorj. und Kass.: Aug. Trojtdorf, Staffurt-Leopoldshall, Wilhelmstraße 5.
5. Gau: **Koblenz.** Vorj. und Kass.: Christ. Herrmann, Arzheim, Bezirk Koblenz, Unterdorfstraße 202.
11. Gau: **Fürstensee.** Vorj. und Kass.: Aug. Grunwald, Stralich (Alt), Mecklenburg, Kirchstraße 22, I.

## Briefkasten

„Der Steinarbeiter“ erscheint ab Nr. 30 vorläufig nur 4 Steiten stark; folgedessen können künftig nur wichtige, für die Allgemeinheit des Verbandes wichtige Versammlungsberichte Aufnahme finden. Die Zahlstellenverwaltungen bzw. Schriftführer mögen diesen Hinweis beachten.

**Ausgewanderte Betriebe.** Nach einer amtlichen Bekanntmachung des britischen Handelsministeriums haben seit Beginn der englischen Schutzollpolitik, im November 1931, insgesamt 78 ausländische Firmen Produktionsstätten in England errichtet. Dabei handelt es sich um 65 deutsche, 11 französische und 2 schweizerische Unternehmungen. Deutsche Industrieunternehmungen stehen also an der Spitze. Man kann daraus ersehen, wie das Kapital dorthin flüchtet, wo es glaubt, Verdienstmöglichkeiten zu haben. Vaterlandsliebe und ähnliche Begriffe spielen dabei keine Rolle.

**Anregung?** Leider haben wir dafür keinen Raum. Aber wie man die Sache auch betrachten mag: in den Beziehungen der europäischen Staaten ist eine neue Situation durch den Abschluß der belgisch-holländischen Zollkonvention geschaffen. Es wäre münchenswert, wenn größere Staaten sich an der Aktivität der kleinen ein Beispiel nehmen und ihren Spuren folgen.

**D. GbH.** Die Zufahrt ist ganz nett empfunden, aber zum Ausdruck eignet sie sich nicht. Ein guter Gedanke braucht auch nicht immer gleich im Druck zu erscheinen.

**Efg. S.** Der Aufsatz und seine Tendenz ist gut, aber er ist nur eine Wiederholung dessen, was in jeder Nummer des „Steinarbeiter“ in den verschiedensten Artikeln zum Ausdruck kam und kommt. Deshalb kann der Abdruck unterbleiben.

**Ab. Dr.** Wünsche baldige Genesung! „Im Krankenhaus“ schlecht verdauter Humor enthalten und Mißbrauch der Reimkunst. Aber es zeugt doch vom Lebensmut, daß ist gut so.

rheinisch-westfälischen Kohlenindustrials mit den zahlreichen Kohlenverbraucher auf eine Stufe stellen? Die Unternehmer sind doppelt und dreifach organisiert. Keine Beschränkung hat sie daran gehindert, ihren Organisationsapparat als Machtinstrument aufzubauen. Daneben erscheint uns die Organisationsmacht der Arbeiter, Angestellten und Beamten als sehr gering.

**Die Göttin des Dritten Reiches.** Bei seiner letzten Rede in Darmstadt sagte Hitler:

„Die Göttin der Not ist im Leben eines Volkes eine bessere Erzieherin als die Göttin des Glücks.“ Dabei hat Hitler sicher selbst an sich gedacht. Für seine Person hat er ja die soziale Frage gelöst. Aus der Not der Massen hat er tausende und aber tausende gezogen, um schließlich eine Pfründe als pensionsberechtigter Parteibuchregierungsrat zu ergattern.

Die Not der anderen, ja die war sein Glück. Wenn er sich aber schon so gut auf Göttinnen versteht, so sollte er etwas von den Göttinnen der Freiheit und Gerechtigkeit gehört haben. Sie werden im Dritten Reich keinen Platz finden.

## Herunter mit der Maske!

### Fragen, die die Salzsteuer-Armee entlarven

Die Nazis leben von der Vernebelung der Köpfe. Sie sind dunkle Geister, die nur im Trüben fischen können. Wenn die Dinge klargelegt werden, sind sie bald mit ihrer Weisheit zu Ende. Darum ist es unsere Aufgabe, immer wieder die Schleier von schwülstigen Phrasen zu zerreißen und die Nazis dem ganzen Volke als das zu zeigen, was sie von jeher waren, was sie heute sind und was sie für immer bleiben werden.

Das ist gar nicht schwer. Wir müssen nur Tag für Tag im Betrieb, vor den Arbeitsämtern, im Wirtshaus all denen, die noch immer das Heil vom Dritten Reich erwarten, ein paar Fragen vorlegen. Wir müssen sie fragen:

Wie kommt es, daß sich zu dieser Partei, die angeblich sozialistisch und eine Arbeiterpartei ist, gerade die Reichsten der Reich, die Scharfmacher und Ausbeuter hingezogen fühlen?

Warum grüßt der Großkapitalist Thyssen den Führer dieser Arbeiterpartei mit dem Rufe „Heil Hitler!“? Warum sendet diese Partei nur ganz wenige Arbeiter in die Parlamente? Warum vertraut sie die Vertretung von Arbeiterinteressen einer auserwählten Schar von Prinzen, Grafen, Baronen, Großgrundbesitzern, Fabrikanten, Generalen an?

Warum schreibt der Böckische Beobachter am 22. August 1931: „Der politische Führer Deutschlands soll den Tarifstaat zerschlagen“?

Warum rufen die Nationalsozialisten das Volk nicht auf zu Massensturm gegen die Hungernotverordnungen der Baronsregierung?

Warum nimmt diese Arbeiterpartei von Industriellen (Mutschmann) und Großagrariern (Freiherr von Butlar-Benedien) Geld?

Womit bezahlen die Hitler und Goebbels ihre Luxusautos?

Warum müssen sie in Zeiten solcher Not sich ausgerechnet die teuersten Automobile anschaffen?

Warum steht man vor den Versammlungsjalen der SPD keine Luxusautomobile, warum sieht man sie in Mengen vor den Versammlungsalen der Nazis?

Warum überfallen die SA-Banden immer nur Arbeiter?

Wann ist die SA jemals gegen die Kapitalisten gegangen?

Wovon bezahlt Hitler die Rajernen und das Essen für die SA? Wovon bezahlt er ihre Löhnung, ihre Uniformen?

Warum geben ihm die Kapitalisten Geld dafür?

Das, Gewerkschaftskollegen, Arbeitersportler und Freunde, fragt sie jeden Tag! Es wird nicht lange dauern, und sie werden euch die Antwort schuldig bleiben.

Sie können auf diese Fragen nicht ehrlich antworten, denn sie sind eben die ausgehaltenen Kettenhunde des Großkapitals.

„Arbeitslose Nichtsteuer.“ Nach einem Bericht der bürgerlichen „Eisenacher Zeitung“ vom 18. Juni 1932 hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Kahmann in einer Mittelstandsversammlung in Eisenach u. a. erklärt:

„In der Siedlungspolitik geht der Nationalsozialismus andere Wege als der bisherige Staat, der sich mit der Besetzung der Randgebiete durch arbeitslose Nichtsteuer Nester von Staatsfeinden heranzieht.“

„Arbeitslose Nichtsteuer“, so schimpft dieser Naziführer das Millionenheer der Arbeitslosen, denen die Nazi-Papen-Regierung weder Arbeit noch ausreichende Unterstützung sichert. „Arbeitslose Nichtsteuer“, so höhnt dieser Naziführer über die Randgebiete, die bei ihren Hungerunterstützungen täglich 8 Stunden in glühender Sonne oder bei eisigem Wind schütten, um sich eine kärgliche Existenz zu sichern. Und das sagt der Führer einer Partei, die ihre Abgeordneten zu einem großen Teil jener Schicht „arbeitsloser Nichtsteuer“ entnimmt, die wir leider in Deutschland wirklich haben und die sich aus Prinzen, pensionierten Generalen usw. zusammensetzt. Das sind die arbeitslosen Nichtsteuer, die obendrein noch die Freiheit besitzen, das Volk, von dessen Hungergrößen sie leben, in so gemeiner und niederträchtiger Weise zu beschimpfen.

Aber die Geduld des Volkes ist zu Ende, es schließt sich zusammen in der Eisernen Front, deren Freiheitspfeile das Hakenkreuz zertrümmern werden. Arbeiter, am 31. Juli muß jeder Stimmzettel ein solcher Freiheitspfeil sein!

**Gebundene und freie Preise.** In Deutschland geht die Preisentwicklung nach zwei Richtungen: Die eine wird bestimmt von der Konkurrenz des Weltmarktes, die andere liegt in der Gebundenheit durch Kartelle und Syndikate. Die Indexziffer gebundener Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren, die sich im Januar auf 84,4 stellte, betrug im Februar 84,2, im März 84,1 und im April 84,0. Wir sehen hier eine gewisse Stetigkeit der Preise. Dagegen fielen die Indexziffern der freien Preise weiter. Sie lauten für die gleiche Zeit 51,2, 50,5 49,7 und 47,9. Die Preisemissionsziffer, die im Jahre 1926 auf der Basis von 100 stand, veränderte sich bis April 1932 bei den freien Preisen um mehr als die Hälfte, nämlich um 52 Prozent. Die gebundenen Preise gingen in den 6 Jahren um 16 Prozent zurück. Das ist ein sehr wesentlicher Unterschied. Ein dreifach stärkerer Preisfall der freien Preise gegenüber den gebundenen, kennzeichnet die Verschiedenheit der Preisendenzen. Noch eine Verschiedenheit ist beachtlich: Während die Rohstoffe bei Konsumgütern auf 70 stehen, beträgt die Höhe der Fertigwaren 120. Eine solche Spanne erscheint uns ebenfalls als abnormal und daher als fortrekturbedürftig.

## Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

### Versammlungen:

- Sonnabend, 16. Juli  
In **Lawalbau** (Zahlstelle Grünberg) um 20 Uhr bei Rippe.
- Sonntag, 17. Juli  
In **Mannheim** um 9 Uhr im „Komet“.  
In **Kolberg** um 9 Uhr bei Guhlla, Stettiner Straße.  
Für **Triebendorf-Großhaffengrün** in **Fuchsmühl** um 14 Uhr im Lokale Ulrich große Versammlungsanstaltung. Kein Kollege darf fehlen, jeder bringe einen unorganisierten Steinarbeiter mit.
- Sonnabend, 30. Juli  
In **Essen** um 19.30 Uhr bei Becker, Schwanenfrug.

### Gesperrt:

- In **Friedland (Medlb.)** das Straßenbauunternehmen Firma Burmeister.
- In **Röslin, Schlawa, Stoly, Marienwerder** (Kreis und Stadt) und **Kolberg** Streit wegen Lohndifferenzen im Steinleggewerbe.
- In **Greifswald** ist die Firma Schwemann und die Firma Rapphaln (Straßenbauunternehmungen) wegen Lohndifferenzen gesperrt.
- In **Fürstenwalde a. d. Spree** Streit bei der Firma W. Kuhlbrodt-Berlin, Baustelle: Provinzialstraße Herzfelde.
- In **Stade** haben die Firmen der Marmor- und Grabmalbranche H. Meyer (Inhaber G. u. E. Meyer) und H. Bätje u. Sohn unsere Kollegen wegen Lohndifferenzen ausgesperrt. Zugang muß unterbleiben.
- In **Zwidau** allgemeiner Streit der Steinmehnen; in **Dresden** bei der Firma Gebr. Eberlein (Grabmal) Streit beendet. Steinmehnen und Steinbildhauer meiden jeden Zugang nach dem Freistaat Sachsen.
- In **Meißen-Riesenstein** Streit im Granitsteinbruch der Firma Karl Hirsch; diese will den Akkordpreis um 12 Prozent unter den Vorkriegspreis drücken. Brecher und Bosstterer meiden deshalb die Firma.

Wir warnen alle Kollegen, bei den vorstehend genannten Firmen und Orten um Arbeit nachzufragen. Bei Arbeitsangeboten muß vorher beim Zahlstellenvorstand Erkundigung eingeholt werden.

Zur Beachtung! Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

## Anzeigen

**Berlin** Vierteljahresgeneralversammlung für alle der Zahlstelle Berlin angehörenden Mitglieder am **Mittwoch, 27. Juli**, um 18 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Bericht vom II. Quartal 1932. 2. Gewerkschaften und Reichstagswahl. 3. Verschiedenes. **Den Arbeitslosen werden 50 Pfennig Fahrgeld ersetzt.** Es wird erwartet, daß sich alle Kollegen an dieser wichtigen Versammlung beteiligen.  
Für die Ortsverwaltung: Gust. Nitsche.

## Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, **Rammen, Brechstangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb  
**Otto Teske, Berlin N 31**  
Brunnenstraße 82

Symbol des Volkes Freiheit, Symbol des Volkes Dreiheit, Ob Kind, ob Frau, ob Mann, **Legt die drei Pfeile an!**

**Nicht meckern — sich regen!** Freiheitspfeile anlegen!

Die Front von Eisen rückt heran, Kollegen, legt die Freiheitspfeile an!

Allen Entbehrungen und allem Terror zum Trotz müssen die Gewerkschaftsmitglieder in dem bevorstehenden Wahlkampf, der neben der vollen persönlichen Einsetzung jedes Einzelnen auch viel Geld erfordert, sich um die politische Vertretung der Gewerkschaften scharen. Es geht in diesem Kampfe um alles, was die sozialistische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung nur irgendwie berührt. Darum Kollegen, rüstet und opfert zum Wahlkampf; keiner schliesse sich aus, jede Stimme, jeder Pfennig zählt bei der SPD!

**F ü r d i e Freiheit!**



Alle Funktionäre haben Freiheitsopfer-Marken zu 15 und 50 Pfennig. —

**Bringe dein Freiheitsopfer! Jedes Scherlein zählt!**

**Gib**

## Geforben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Roßdorf.** Am 14. Juni der Hilfsarbeiter Georg Emig, 64 Jahre alt, 1 Jahr krank, Magenkrebs.
- Beucha.** Am 14. Juni der Hilfsarbeiter Robert Paisker, 59 Jahre alt, 3 Monate krank, Magenkrebs.
- Berlin.** Am 30. Juni der Sandsteinmetz Leonhard Sieben, 57 Jahre alt, 7 Monate krank, Staublung.
- Seußen.** Am 1. Juli der Granitsteinmetz Peter Bayer, 52 Jahre alt, 1 Jahr krank, Nierenleiden.
- Kaiserslautern.** Am 2. Juli der Sandsteinmetz Johann Huber, 46 Jahre alt, 6 Wochen krank, Lungenentzündung.
- Pirna.** Am 3. Juli der Granit- und Sandsteinmetz Heinrich Pallmer, 59 Jahre alt, 20 Monate krank, Lungentuberkulose.
- Naasdorf.** Am 5. Juli der Hilfsarbeiter Karl Sinnreich, 31 Jahre alt, beim Baden ertrunken.
- Striegau.** Am 6. Juli der Brecher Hermann John, 65 Jahre alt, 3 Wochen krank, Herzlähmung.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold. Verlag Ernst Binkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.



Voriähriges

Im „Jahresbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften und die Maßnahmen für die erste Hilfe im Jahre 1931“ zieht sich schlimmer als je in den vorhergehenden Berichten die miserable Geschäftslage der Steinbruchsbetriebe wie ein roter Faden hindurch.

Die Zahl der Betriebe ist um 2,3 Prozent, die der Versicherten um 20,2 Prozent zurückgegangen; dabei wird noch besonders hervorgehoben, daß auf den einzelnen Versicherten weniger Arbeitsstunden entfallen als 1930. Auch die Zahl der gemeldeten Unfälle ist im Vergleich zum Jahre 1930 um 37,5 Prozent, die der entschädigungspflichtigen Unfälle um 24,1 Prozent und die der tödlichen Unfälle um 18,2 Prozent geringer. Das liegt natürlich im allgemeinen an dem katastrophalen Bruchliegen der Steinbruchsbetriebe; denn die vorhergehenden Zahlen auf 1000 Versicherte berechnet, ergeben dabei sogar eine Steigerung der tödlichen Unfälle um 0,1 Prozent.

Bei der Besprechung der Unfallursachen wird im Jahresbericht ganz richtig bemerkt:

„Zweifellos ist die gegenwärtige Wirtschaftslage nicht dazu angetan, die Unfallverhütung zu fördern, zumal die in der St-Bg zusammengeschlossenen Gewerkschaften zu den am schwersten betroffenen gehören. Den Betrieben fehlen nicht nur die Mittel zu kostspieligen Verbesserungen auf unsachtechnischem Gebiet, sondern unter dem häufigen Mißgebrauch leiden auch die vorhandenen Schutzeinrichtungen und der Sicherheitszustand von Bruch- und Grubenwänden, ohne daß bei den mangelnden Geldmitteln völlige Instandsetzung jeweils vor Wiederaufnahme der Arbeit unter allen Umständen gewährleistet wäre.“

Vielfach erhalten Unternehmer nach längerem Stillliegen des Betriebes unvorhergesehene Aufträge, die meist so kurzfristig auszuführen sind, daß sie ihren Betrieb infolge Zeitmangel vorher nicht mehr in Ordnung bringen können. Das gilt nicht nur für bewegliche Einrichtungen, wie Gleisanlagen, Weichen, Fördergeräte usw., sondern auch für Brüche und Gräbereien. Unter diesen Umständen müssen die Arbeiten überhastet ausgeführt werden, was für die Entstehung von Unfällen fördernd wirkt. Im Gegensatz hierzu konnte aber auch festgestellt werden, daß in Betrieben, die noch mit laufenden Aufträgen versehen waren, trotz der allgemeinen Ungunst der Verhältnisse noch viel für die Verbesserung und unsicherere Ausgestaltung der Betriebseinrichtung getan wurde...

In vielen Betrieben sind infolge Einschränkung des Betriebsumfanges nur noch erfahrene, umfichtige Facharbeiter vorhanden, was naturgemäß geeignet ist, die Unfallzahlen herabzudrücken. In anderen Betrieben müssen auf Grund von Abbauverträgen erst alle arbeitsfähigen Einwohner der Verpächtergemeinde eingestellt werden, ehe z. B. Facharbeiter aus fremden Gemeinden angenommen werden dürfen. Bisher wurde auf diese Vertragsbestimmung selten zurückgegriffen, die nun mit zunehmender Arbeitslosigkeit und damit zunehmender Wohlfahrts- und Fürsorgebelastung der Gemeinden für die Gemeinde befristetweise eine große Rolle spielt. Unter dem Druck der Verhältnisse bestehen die Gemeinden auf Erfüllung dieser Bestimmung, so daß nun ungelernete oder auch ungeeignete Arbeitskräfte im Steinbruch beschäftigt werden müssen. Damit steigt aber wieder die Unfallmöglichkeit nicht unbeträchtlich an...

Weiterhin entziehen Arbeitsunterbrechungen von der Arbeit und setzen den Neueintretenden in stärkerem Maße als sonst Unfallgefahren aus...

Zu dem mangelhaften Zustand in den Betrieben trug auch vielfach das Verhalten der Arbeiter bei, die wegen der Ungewissheit, wie lange noch ihre Beschäftigung in den Betrieben dauern würde, das Interesse an Betriebe verloren hatte. Besonders auffallend ist dieses Verhalten der Arbeiter an Stellen, an denen sie unmittelbar die Gefahr vor Augen sehen mußten, und zwar in den Gräbereien...

Sicherlich vermindert die Sorge um den täglichen Verdienst die Achtsamkeit auf Betriebsgefahren...

Das Vorstehende sind nur einzelne Bemerkungen aus dem Bericht von den einzelnen Sektionen aus Nord, Ost, Süd oder West, treffen aber dennoch für die allgemeine Lage in den Steinbruchsbetrieben und auf ihre Belegschaft zu.

Aus dem Abschnitt „Bedeutende Einzel- und Massenunfälle“ greifen wir einiges heraus, damit unsere Verbandsmitglieder die entsprechenden Lehren daraus ziehen:

Zwei Arbeiter wollten mittels einer Bodwinde einen mit Abraum beladenen Kollwagen auf den Abraumhaufen zum Entladen hinaufziehen. Nachdem der Wagen einige Meter hochgezogen war, sah der eine der beiden Arbeiter, daß sich das Seil auf der Trommel verwickelte und wollte den Wagen wieder zurücklassen. Anstatt nun die Kurbelachse auszurücken und den Wagen bei stillstehenden Kurbeln mit der Lüftungsbremse abzulassen, drehte er mit der rechten Hand die Kurbel rückwärts, während er mit der linken Hand die Bremse bediente. Die Kurbel entglitt seiner Hand, schlug zurück und traf ihn mit großer Wucht auf den rechten Unterarm. Mit einer schweren Verletzung mußte er seine Jahrlässigkeit büßen...

Ein Schießmeister hat sich in einem unglaublichen Leichtsinne während des Abtuns seiner Schüsse auf den Steinbruchstand hinter einen hölzernen Mast gestellt und ist dort von einem Sprengstück am Kopf getroffen worden. Der zweite Schießmeister hatte hiervon Kenntnis gehabt; er wurde bestraft und es wurde ihm der Sprengstoffverlaßnischein entzogen, da er diesen Brauch seines ersten Schießmeisters nicht der Verleitung zur Anzeige gebracht hatte. Der Getötete war über ein Jahrzehnt als Schießmeister tätig und die Werkleitung hielt ihn für gewissenhaft und zuverlässig. — ein Beispiel, daß auch anscheinend vertrauenswürdige Vorarbeiter häufiger kontrolliert werden sollten...

In einem Melaphyrbrüche war der Schießmeister des Nachmittags nicht anwesend. Ein nicht zum Sprengen befugter Steinbrecher kam zum Betriebsleiter, der den Schlüssel zum Sprengstofflager führte, und verlangte Sprengstoff. Nach anfänglicher Weigerung gab der Betriebsleiter den Schlüssel heraus. Der Steinbrecher holte Ammonit 5 und lud damit 4 kurze Bohrlöcher am Fuße der Bruchwand. Durch einen Tagelöhner ließ er sich beim Anstecken der Schüsse helfen, nachdem er zuvor das Warnungszeichen gegeben hatte. Von den 4 Schüssen kamen nur drei. Sofort begab sich der Steinbrecher wieder an die Sprengstellen, um die Ursache der Nichtexplosion festzustellen. Als er sich den verlagten Schuß betrachtete, explodierte dieser und der Steinarbeiter wurde schwer verletzt. (Augenverletzung.) Dieser schwere Unfall würde nicht vorgekommen sein, wenn der Betriebsleiter seine Pflicht getan hätte. Der Verletzte war als Stellvertreter des Schießmeisters in Aussicht genommen, hatte aber, wie sein Tun beweist, keine Ahnung, wie die Sprengarbeit sachgemäß durchzuführen ist. Bemerkenswert ist, daß, als der TAB einige Wochen vor dem Unfall in der Gegend des Unfallbetriebes einen Schießmeisterkursus abhielt, der Unternehmer es trotz Einladung nicht für not-

wendig gehalten hat, sein Schießpersonal zur Teilnahme zu entsenden. Gegen die Schuldigen wurde strafend eingeschritten.

Auch die nachstehenden Feststellungen sind sehr bemerkenswert:

„Die Zahl der in den beschäftigten Betrieben beschäftigten Jugendlichen und weiblichen Personen ist gegenüber dem Vorjahre abermals erheblich gesunken.“

Die Beschäftigung von Lehrlingen in Werkstätten und Steinhaudereien beschränkt sich auf die bereits in fortgeschrittener Ausbildung Begriffenen. Neueinstellungen kamen kaum vor...

In der weispfälzischen Kalkstein- und Schotterindustrie konnten wegen des starken Rückganges des Abfahrs weniger Abriecherlehrlinge und weniger Schotterschlägerinnen beschäftigt werden...

Die früher in Württemberg und in Baden in ländlichen Gegenden vielfach noch angetroffenen Schotterschlägerinnen sind vollständig verschwunden. Es ist dies wohl darauf zurückzuführen, daß die Schotterherstellung jetzt allgemein maschinell erfolgt, und daß in Schotterfällen, wo handgeschlagener Schotter in Gemeindebetrieben hergestellt wird, ausschließlich arbeitslose Männer beschäftigt werden...

Offenichtlich hat sich in den letzten 5 Jahren der Kreis der einflüchtigen Versicherten ständig erweitert, die erkannt haben, daß der Unfallschutz zu ihrem Besten, zur Erhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit dient. Offen ablehnendes Verhalten, wie es früher häufig war, zeigt sich nicht mehr, sondern die Mahnungen der Beamten zur Mitarbeit an der Sicherung gegen Unfälle und zum Selbstschutz finden Beachtung.

Andererseits ließ sich aber im Berichtsjahre auch bei den Versicherten eine gewisse Abstumpfung feststellen, deren Ursprung in den täglichen Sorgen um die Existenz zu suchen ist. Diese Sorge lastet derart auf dem Einzelnen, daß er mitunter mit seinen Gedanken gar nicht bei der Arbeit ist und daher die Unfallgefahr begünstigt...

Im Aufsichtsbezirk des Beamten Vb machten sich gegen Ende des Berichtsjahres Anzeichen dafür bemerkbar, daß Versicherte einerseits den Lohnabbau, andererseits auch die verringerten Einkünfte, sei es durch Kurzarbeit, sei es durch beschränkte Beschäftigungsdauer, durch eine Arbeitsweise, die einem Raubbau nahekommt, auszugleichen suchten. Die Bekämpfung der hiermit entstehenden Gefahren ist nur durch verantwortungsbewusste Mitwirkung der Aufsichtspersonen und der Betriebsleitungen erfolgversprechend. Den Betriebsbeamten, aber auch den Unternehmern erwächst hierdurch eine zusätzliche Verantwortung. Die Erscheinung, daß z. B. Bruchmeister mit anderen Aufgaben als der Betriebsaufsicht betraut werden oder daß sie an der Bruchwand mitarbeiten müssen, ist in diesem Zusammenhang bedenklich.

Nach wie vor gibt es noch zahlreiche Verstöße, die die rechtzeitige Anfallmeldung unterlassen. So wurden z. B. in Sektion III 7 v. S. der Unfälle von den Versicherten verspätet gemeldet. In 6 Fällen geschah die Meldung erst, nachdem Blutvergiftung eingetreten war...

Obwohl seitens aller Aufsichtsorgane die Unternehmer wie Arbeitnehmer bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen werden, die Aufenthaltsräume in ordnungsmäßigem Zustand zu erhalten bzw. größere Reinlichkeit walten zu lassen, mußte wiederholt der schlechte Zustand und die große Unsauberkeit solcher Räume festgestellt werden. In gutgeleiteten Betrieben kommt ein solcher Mißstand nicht auf, da vom Unternehmer in der Regel ein Mann der Belegschaft ausdrücklich mit der Reinhaltung des Unterfunktraumes beauftragt ist. Vielfach sind diese Räume auch nicht heizbar, so daß die Arbeiter bei nasser oder kalter Witterung keine Gelegenheit haben, ohne Gefahr der Erkältung im Unterfunktraum sich aufhalten zu können...

Die im Berichtsjahre gemeldeten Fälle an schweren Staublungenerkrankungen haben gegen die Vorjahre eine Verminderung erfahren, was zweifellos auf den großen Schrumpungsprozeß der Sandsteinindustrie zurückzuführen ist, wie ihn die übrige Steinindustrie in diesem Ausmaße bislang noch nicht kennt.

Immerhin ist die Zahl der Neuanmeldungen von Staublungenerkrankungen noch erheblich. Die Zahl der Anmeldungen von

schweren Staublungenerkrankungen betrug seit Inkrafttreten der Zweiten Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 bis zu Ende 1931 insgesamt 1423.

Der Staubbekämpfung wurde insbesondere von dem Beamten VII erhöhte Beachtung zugewendet, und gemeinsam mit Gewerbeamtsbeamten wurden wiederholt Anregungen zur Verbesserung des Staubschutzes gegeben...

Die Chloratsprengstoffe sind bekanntlich in der Sprengpraxis sehr gefährlich; „Der Steinarbeiter“ hat wiederholt darauf hingewiesen. Erfreulich ist, daß auch einige technische Aufsichtsbearbeiter der St. B. mit ihren Erfahrungen und Beobachtungen dieses Sprengstoffes nicht zurückhalten, auch nicht mit der einzig richtigen Schlussfolgerung, nämlich: dem Verbotverlangen! — Wie sich nun dieser „wirtschaftliche“ Sprengstoff auch sonst noch „bewährt“, beleuchtet folgende Darstellung im Jahresbericht:

„Eine Erkennungsbildung an den Händen eines Schießmeisters trat in der Sektion VI auf. Sie wird auf den Umgang mit Sprengstoffen (Chloratit 2) zurückgeführt. Nach dem Gutachten des zuständigen Gewermedizinalrates sind als verursachende Substanzen für die Erkrankung mit größter Wahrscheinlichkeit die im Chloratit enthaltenen Paraffine bzw. dieselben in Zusammenwirkung mit den anderen Substanzen (Natriumchlorat, Binitrotoluol) anzusehen. Für die Einwirkung des Paraffins spricht auch, daß die Art der Hauterkrankung den durch Paraffin hervorgerufenen Hauterkrankungen entspricht...“

Im Abschnitt „Sonstiges“ wird unter anderem berichtet:

„Ein Unternehmer beschwerte sich über Schwarzarbeit. Seine Beschwerde war berechtigt, doch konnte nicht eingeschritten werden, weil es sich dabei um Arbeiter oder Arbeitslose handelte, die auf gemeinsame Rechnung die Steingewinnung betreiben und den regelrechten Unternehmungen Konkurrenz machen. Bedauerlich ist es, daß Behörden und Gemeinden diesen Leuten Gelände zur Ausbeutung überlassen...“

Der vorstehende Hinweis ist ein Spiegelbild der alles zermürbenden Arbeitslosigkeit, es zeugt vom Schaffensdrang, vom Willen zur Arbeit. Solche Erscheinungen kann man mit Beschwerden über Schwarzarbeit nicht unterbinden, sondern nur durch Schaffung von lohnenden Arbeitsstellen. Uebersehen darf bei dieser Tatsache auch keinesfalls werden, daß die Steingewinnung, wie überhaupt jede selbständige Tätigkeit im Produktionsprozeß durchaus kein Privileg für „regelrechte“ oder geachtete Unternehmer ist. Im übrigen ist ja unser ganzes gegenwärtiges Wirtschaftssystem auf Konkurrenz eingestellt und „was dem einen im Uhl ist dem andern im Nachteil“. Die betreffende Beschwerde steht ja auch in einem Bericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft, also einer Versicherung, deren finanzielle Träger nur — Unternehmer sind, deshalb ist das auch weiter nicht tragisch zu nehmen.

Den Schluß des Berichts bildet eine Tabelle, aus der zu entnehmen ist, daß im Jahre 1931 gegen 66 Unternehmer Bestrafungen aus der Unfallversicherung vorgefallen waren, wovon 65 rechtskräftig geworden sind; gegen Stellvertreter der Unternehmer 2 Strafen, wovon 1 rechtskräftig wurde; gegen Arbeiter dagegen 69 Strafen, wovon 58 rechtskräftig wurden.

Damit mag der Hinweis auf den Jahresbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft abgeschlossen sein. Die Auszüge daraus, die wir uns gestattet haben, reden für sich und bedürfen keiner Kommentierung. Im allgemeinen und im einzelnen zeugt dieser Bericht, der sich auf die Befindungen der technischen Aufsichtsbeamten aufbaut, vom objektiven Streben der Wirtschaftslage, der schweren gefährlichen Berufslosigkeit der Versicherten in den Steinbruchsbetrieben gerecht zu werden. Das wollen wir anerkennen. Unsere dabei in Frage kommenden Verbandsmitglieder können diese Anerkennung dadurch am besten bezeugen, wenn sie ihrerseits dauernd dazu beitragen, die Unfallverhütungsvorschriften zu jener strengen Beachtung zu verhelfen, die sie im Interesse der Versicherten zu jeder Zeit der Berufsausübung und in jeder Arbeitsituation unbedingt verdienen.

Die Krankenscheingegebühr

Ueber die Bestimmungen, die für die Erhebung der Krankenscheingegebühr gelten, herrschen in der Öffentlichkeit noch vielfach Meinungsverschiedenheiten. Es erscheint deshalb angebracht, auf diese Frage einmal einzugehen. Nach § 187b der Reichsversicherungsordnung hat der Versicherte für die Krankenhilfe einen Krankenschein zu lösen. Es ist hiermit gesagt, daß die Kasse ohne einen solchen Krankenschein keine Leistungen der Krankenpflege und auch der Krankenhilfe gewähren darf. Für diesen Krankenschein ist eine Gebühr von 50 Pfg. zu entrichten. Es ist in das Ermessen der Kassen gestellt, für Versicherte mit einem Grundlohn von nicht mehr als 4 Mark diese bis auf die Hälfte zu ermäßigen und für Versicherte mit einem Grundlohn mit mehr als 7 Mark um die Hälfte zu erhöhen. Die weitverbreitete Meinung, daß eine Kasse von der Ermächtigung der Ermäßigung dann Gebrauch machen kann, wenn sie gleichzeitig die Gebühr für die Versicherten in höheren Lohnstufen erhöht, ist irrig. Wichtig ist weiter, daß die Kasse das Recht hat, durch Satzungsbestimmungen bei gleichzeitiger und gleichartiger Erkrankung mehrerer Familienmitglieder die Gebühr für den einzelnen Krankenschein auf 25 Pfg. festzusetzen. Das Gesetz bestimmt weiter, daß für denselben Versicherungsfall die Gebühr nur einmal zu entrichten ist. Das Gesetz sieht in besonderen Fällen eine Befreiung von der Verpflichtung, die Krankenscheingegebühr zu entrichten vor. Es sind vor allen Dingen Arbeitslose befreit, die Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung oder als Ausgesteuerte Leistungen der öffentlichen Fürsorge erhalten, Rentempfänger aus der Invaliden-, Angestellten- oder Unfallversicherung, Schwerkrriegsbeschädigte. Schließlich sind noch befreit Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, die durch eine Bescheinigung ihrer Fürsorge- oder Beratungsstelle ihre Bedürftigkeit nachweisen können. Es ist ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Befreiungsmöglichkeiten nur für die Versicherten selbst gelten. In der Familienhilfe ist eine Befreiung in keiner Weise vorgesehen. Entschieden ist weiter worden, daß die Gebührensbezahlung der Arbeitslosen nur während der Zeit des Unterstützungsbezuges besteht, während der sogenannten Wartezeit und während der Zeit einer verhängten Sperrfrist ist also die Gebühr zu entrichten. Die Krankenkassen sollen jedoch bei der Erhebung der Krankenscheingegebühr, die rechtlich als Sonderbeitrag gilt, nicht zu rigoros vorgehen. Insbesondere dürfen sie die Gewährung ihrer Leistungen nicht von der vorherigen Entrichtung der Gebühr abhängig machen. Es ist dies im § 187c des genannten Gesetzes ausdrücklich festgelegt. In diesem heißt es: „In dringenden Fällen kann der Krankenschein nachher geholt werden, insbesondere bei Unfällen oder wenn wegen der mit der Abholung des Scheines verbundenen Umstände der Arzt nicht mehr rechtzeitig helfen könnte.“ Es ist sehr leicht denkbar, daß die Kasse auch eine Stundung des Sonderbeitrages aussprechen kann. Es ereignen sich auch des öfteren Fälle, in denen der Versicherte die Krankenscheingegebühr entrichtet, ohne zur Zahlung derselben verpflichtet zu sein. Entweder handelt es sich hierbei um befreite Personen, die aus Unkenntnis die Gebühr entrichtet haben und später feststellen, daß sie hierzu nicht verpflichtet sind. In derartigen Fällen hat die Kasse die Gebühr auf Antrag des Versicherten zurückzuführen. Es sind auch Fälle denkbar und möglich, in denen der Versicherte zwar einen Krankenschein löst, die Gebühr für denselben entrichtet, ohne jedoch den Schein zu benutzen. Auch in derartigen Fällen hat die Kasse die Gebühr zurückzahlen, da ja die Entrichtung desselben nicht für den Krankenschein als solchen, sondern für die Erlangung der Krankenhilfe erfolgt ist.

Advertisement for 'Das Kleeblatt' (The Clover Leaf) featuring a man in a suit and a woman. The text reads: 'DAS KLEEBLATT WIL NICHT PROFIT ZOLL LOHNE HERAUS MIT DER 40 STUNDEN- WOCHE.' The illustration shows a man in a suit pointing towards a woman who is sitting at a desk. There are three clover leaves floating around them, each with a word: 'PROFIT', 'ZOLL', and 'LOHNE'. The man is holding a briefcase. The overall tone is one of protest or demand for better working conditions.



In einer Welt, in der alles schwankt, bedarf es eines festen Punktes, auf den man sich stützen kann. Dieser Punkt ist der häusliche Herd, der Herd ist aber kein fester Stein, wie die Leute sagen, sondern ein Herz, und zwar das Herz einer Frau.

# Unterhaltungsbroschen

Seid Glühwein oder brunnenkühles Wasser, nur nicht abgestandenes Maß, das jeden anekelt; seid keine Philister

Der Schneeball und das böse Wort, Sie wachsen, wie sie rollen fort. Eine Handvoll wirft zum Tor heraus, Ein Berg wird's vor des Nachbars Haus.

## Unfreiwilliger Aufenthalt

Als ich im Vorhof des Gefängnisses stand und das schwere Eisentor hinter mir über das Raketkopfpflaster hinweg freistand, dachte ich, das ist das Ende. Heute, da ich weit genug vom Schuß bin, weiß ich, daß das Ende erst dann da ist, wenn die Luft überhaupt alle wird.

Damals, in jenem französischen Gefängnis war die Luft nur unheimlich dünn und verpestet. Wie läßt sich das in Einklang damit bringen, daß eben jene Stadt früher die Residenz der Päpste war?

Genug damit; es stank. (Wer will, kann weiter konjugieren.) Als in der Wachtstube meine Personalien eingetragen wurden, beschaute ich mir die an der Wand hängende Landkarte. Ganz leichtsinnig und ohne anhalten zu werden marschierte da eine Fliege, die von Spanien gekommen war, über Lyon nach Genf und noch weiter in die Schweiz hinein. Kurz vor St. Gallen wegte sie mit den Flügeln und war verschwunden. So ein Was! Müßte sie mich gerade jetzt daran erinnern? Eben in jener St.-Gallen-Gegend war ich auch gewesen und hätte damals bei einem Bauer bleiben können, der 24 Kühe und 2 ledige Töchter hatte. Der Bachmann rief mich aus der Schweiz zurück und ich mußte ihm nach dem ersten Stodwerk folgen. Der Bachmann hatte ein glänzendes rotes Affengesicht — oder verwechselte ich das mit der Kehreite? Der Affe gab mir noch einen blanken Metallbecher und einen Köffel, der mich allerdings weniger erfreute. Dann kam ich nach Zelle Nr. 13.

Meine Zelle war genau so wie es in jenem Lied vorkommt — vier Meter lang, zwei Meter dick. Eigentlich ist der Auspruch „meine Zelle“ zu besitzergreifend, denn es standen drei Eisengestelle darin, deren derzeitige Inhaber — zwei Marokkaner — in Front zur Tür standen, als ich kam. Natürlich sollte das keine Ehrbezeugung für mich sein, sondern das ist eine für die Wärter sehr angenehme Angelegenheit; dieses sofortige In-Front-Stellen bei etwaigem Schlüsselgeräusch. Der eine der Marokkaner war sehr lebenswürdig, er vertauschte sofort seine rostige Tasse mit meinem schönem blanken Becher. Ob ich damals dazu geküßelt habe, weiß ich heute nicht mehr, hätte ich mich aber dagegen aufgelehnt — hätten wir eben dauernd aus einer Tasse getrunken.

Der kleinere meiner Mitinhaber hieß Ali und hatte blauschwarze, verfilzte Haare, die mich wieder an fette Schweißfliegen erinnern. Wenn sich die beiden in ihren verfluchten Rachenlauten unterhielten, verstand ich natürlich kein Wort. Der im Fliegenhaar sprach aber leidlich italienisch, ich die andere Hälfte leidlich und so kamen schon Gespräche zum Abrollen.

Das weitere Inventar bestand aus einem Klappstuhl, einem Stuhl, der mittels einer Kette an der Wand befestigt war, und aus einer weiteren Sitzgelegenheit mit Wasserpflügel. Nachts wurde allerdings das Wasser abgestellt, und Mohammed, das Schwein, benutzte die Länge der Nacht oft zu einer Sitzung. Ueber das Essen, das wir erhielten, will ich keinen Ton sagen, sonst könnte mein Magen heute durch die nüchternen Erinnerungen erschrecken. Und doch haben wir darauf gewartet wie heute Großbanken auf staatliche Subvention! Der Ali hatte sich für hinterlistige Zwecke die zerrissene französische Don-Carlos-Ausgabe eingeschmuggelt und ich begann meine Anfangsgründe der französischen Sprache an Hand dieser klaffenden Ueberziehung. Jede Woche wurde einmal rasiert, das heißt es geschah mit der Haarschneidemaschine. Wenn man damit fertig war, hätte jeder Dorfbarbier gesagt — bei dir wird's aber Zeit.

Der Gefängnishof sah aus wie eine Eierkiste. Morgens von acht bis neun wurden je zehn „Verbrecher“ (auch Polen und Italiener waren dabei wegen Papervergehens) in einen dieser Zellenhöfe geführt, wer da irgendwie im Besitze von etwas Rauchbarem war, wurde sofort von „Freunden“ umlagert, die „mitfahren“ wollten.

Ein alter Franzose, der immer mit auf dem Rücken verkränkten Händen spazieren ging und ausah wie ein Hausbesitzer, hob zum Schluß die Zigarettenstummel auf (die ohnehin winzig genug waren) entfernte sorgfältig die Tabakreste und taute das Papier. Auf dem Rückweg vom Hof zur Zelle durfte kein Wort gesprochen werden. Ich versuchte es trotzdem und — bekam einmal das Essen entzogen. Ueberhaupt mußte ich bemerken, daß die gerissensten Gauner im Gefängnis die bravsten Lämmer sind.

Am achten Tag meiner Kur wurden neun und ich als zehnter Kurast mit Stahlketten gefesselt vor das Tribunal geführt. Wir mußten ungefähr zehn Minuten durch die Stadt laufen und sechs Wachleute begleiteten uns. Erfreulicher Weise war das Affengesicht nicht darunter. Diese Gerichtsbesprechung war ein Theater für sich — was aber sollte ich darüber sagen? Es ist auch in Deutschland nicht anders. Ich erhielt (ein Dolmetscher war auch da) fünfzehn Takte Gefängnis wegen Verdachts der Landstreicherei. Punkt! Ich habe mich also noch einmal mit der Haarschneidemaschine rasieren lassen und noch einmal auf eine der zwei Tagesrationen verzichten müssen — wegen ungebührlichem Benehmen!

## Nacht in Marseille

Voll zog der Mond in steilem Bogen. Zu meinen Füßen — Lichtdurchfluten lag im Silberglanz die Stadt. Wild strich der Wind vom nahen Meere und ich vergaß das Magens Leere und wurde nur vom Schauen satt.

Dann schritt ich durch die Stadt zum Hafen. Ich sah in Winkeln Neger schlafen und Mädchen, deren Tag die Nacht. Da fühlte ich mit wachen Sinnen den Zauber dieser Stadt zerrinnen weit eher als ich je gedacht.

Still hatte sich der Mond verfrachten und allen Silberglanz zerbrochen; die Hafenlichter glimmten matt. Fischweiber zogen in den Morgen und es zerfiel in Lärm und Sorgen Nacht und Tag der alten Stadt.

W. Lbs.

## Die Trauerfeier

Erfreulicherweise habe ich noch keiner Beerdigung oder Einäscherung beiwohnen müssen, deren Hauptperson durch sein Hinscheiden mir als persönlicher, schmerzlicher Verlust erschienen wäre. Meine Tante — bei deren Begräbnis ich natürlich eine traurige Miene hatte aufstellen müssen — war so gut, zu sterben, als ich auswärts war. Wer also mein Pietätgefühl mangelhaft ausgeprägt findet, soll sich nicht ärgern; philistrische Randbemerkungen vermögen mich nicht zu ändern!

• Daran, daß wir früher oder später alle sterben müssen, kann auch niemand etwas ändern — also können wir auch darüber reden. Wer es bei Lebzeiten verstanden hat, sich wenig Feinde zu machen und sonst ein verträglicher Mensch war, bringt mitunter eine ganz erfreuliche Zahl von „Leidtragenden“ auf die Beine. Abgesehen von den näheren Angehörigen besteht das „Leidtragen“ aus Sensationslust oder aus irgendwelchen anderen „Gefühlsregungen“.

Auch als wir unseren lieben Steinhauer zur letzten Fahrt begleiteten, war's nicht anders. Der Gesangverein sang, Redner redeten und eine Orgel erklang leise und brausend, wie es eben sein muß. Klug war es von unserem Kollegen, sich verbrennen zu lassen, denn zur festgesetzten Stunde goß es in Strömen. Dadurch, daß es in der Halle nicht regnete, wurde das allgemeine Mitgefühl noch mehr in dankbare Andacht umgewandelt. Aber schließlich hatte er auch noch andere Gründe, daß er sich verbrennen ließ; im Grabe kann man immer noch mal belästigt werden, heute als Staublungenanwärter überhaupt!

Ein Herr, der nebenberuflich Grabreden hielt und gerade gut in Schwung war, sagte so etwas wie: er (der Verstorbene) wäre immerhin noch ziemlich alt geworden, und seine Berufskollegen würden ihm bald nachfolgen. Sehr beruhigend für die anderen Zuhörer fand ich das allerdings nicht; aber da er so schön die guten Eigenschaften und sonstigen Vorzüge des Verstorbenen anführte, hab ich's ihm verziehen.

Tatsache ist es ja! Wie gut und wie fruchtbar der Lebensweg eines Menschen war — immer erfährt man das erst hinterher. Ich finde es tief bedauerlich, daß man seine eigene Grabrede niemals selbst zu Gehör bekommt.

Die im Himmel mit der Regenmaschine betrauten Wesen hatten ein Einsehen und stoppten ab. Der Redner redete nicht mehr, der Gesangverein sang wieder und Orgelklänge zitterten noch nach, als die ersten Tropfen von den Bäumen auf die Zylinderpiegel klatschten. Fast alle Kollegen standen noch in Arbeit (also muß es schon lange her sein) und nun begann, logisch und folgerichtig, der Feier weiterer Teil. Nicht in einem jener Lokale, die in manchen Städten so einladend in Friedhofsnähe kleben und „zum Frieden“, „zur Heimkehr“ oder „Einfuhr“ heißen, sondern in unserer ziemlich abgelegenen Steinhauerkei.

Zufällig gerieten da auch zwei arme Teufel von Musikern hinein: Trompete und Zerrwanst. Sie wurden sofort „angeschert“ und spielten sehr lautstark und fleißig, was immer neue Gäste von der Straße hereintrieb (es war keine große Stadt).

Als Zeugen vergangenen Ernstes fungierten nur noch die an der Wand aufgehängten Bratenröde und Zylinder, sonst herrschte Lebensmut und Kirmestimmung. Als einer vorzeitig (ob „vorzeitig“ der richtige Begriff ist?) gehen wollte, wurde ihm seine Feiertagskappe über die Ohren gestülpt, daß der Schädel fürwichtig aus der Köhre guckte. Der Schaden wurde natürlich allgemein durch Umlagererfahren gedeckt — ein wenig später aber wieder „umgekehrt“. Die Musiker erhielten jetzt nur noch Bier, damit sie mit Spielen aufhören sollten.

Und viel, viel später sagte der Moïse: „Jehas! Jehas! Ich hab zwar a bisserl z'viel getrunken, aber a Pietätgefühl hab i no; und auf d'nächste Leich g'freits mi a scho! Walt. Lbs.“

## Männlich oder weiblich?

Das Geschlecht der Nachkommenschaft.

Als Pflege- und Pflanzstätten höchster und ernstester Wissenschaft kennt alle Welt und nicht zum wenigsten das geistige Ausland die deutschen Universitäten und Hochschulen. Aber damit ist der Kreis der deutschen richtunggebenden Forschungsstätten nicht erschöpft. Universitäts- und Hochschulbetrieb ist und muß sein in erster Linie Lehrbetrieb. Dadurch aber wird in manchen Fällen doch die freie Forschungsstätigkeit etwas eingeengt. Da ist es nun gut, daß wir in Deutschland noch neben der staatlichen Forschung eine durchaus nach allen Seiten hin unabhängige Forschungsmöglichkeit besitzen in den Einrichtungen und Anstalten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. In ihren Forschungsangelegenheiten ist diese Gesellschaft in der Tat ganz unabhängig von den Geldmitteln. Aber trotz der Not der Zeit hat sie, wie auf ihrer diesjährigen Frankfurter Hauptversammlung mitgeteilt werden konnte, doch in den letzten Jahren ihre Forschungen auf den verschiedensten Wissensgebieten, wenn auch unter großen Opfern, weitergeführt. Auch die biologischen Institute und das Institut für Anthropologie und Eugenik haben trotz eingeschränkter Arbeitsmöglichkeit neue Erkenntnisse erzielt. Hierzu berichtete Prof. Max Hartmann, Berlin-Dahlem, über die Bestrebungen, das Geschlecht der Nachkommenschaft zwischen „Befruchtung und Sexualität“ erkennen zu lernen. Bis 1890 hatten etwa 400 verschiedene Befruchtungs- und Sexualitätshypothesen sich gegenseitig den Rang streitig gemacht. Später blieben nur drei davon übrig, und nun hat die Forschung der beiden letzten Jahrzehnte ergeben, daß sogar nur auf einer einzigen, auf der von Wütschli-Schaudinn aufgestellten Sexualitätshypothese weiter gebaut werden kann. Nach ihr ist nämlich jede Geschlechtszelle ursprünglich zweigeschlechtlich und besitzt damit die vollständigen Anlagen sowohl des männlichen wie des weiblichen Geschlechts. Im Einzelfall entwickelt sich dann nur die eine Anlage und die andere wird unterdrückt. Durch diese Unterdrückung erst erfolgt die Unterscheidung und die Entstehung eindeutig bestimmter Geschlechtszellen. Ihnen wohnt eine gewisse, aus ihrer physiologischen Gegensätzlichkeit entlehnte Spannung inne, die erst durch die Vereinigung der gegenläufigen Zellen ausgeglichen werden kann. Die scharfe Unterscheidung des männlichen oder weiblichen Geschlechtes bei den einzelnen Zellen kann sowohl erblich als auch genetisch, d. h. durch Außeneinflüsse herbeigeführt werden. Auch dort, wo die verschmelzenden Geschlechtszellen nicht wie bei höheren Tieren scharf in Ei- und Samenzellen unterschieden werden, sondern wie bei vielen einzelligen Lebewesen und Algen völlig gleich (isogam) scheinen, konnte ein sicherer Geschlechtsunterschied nachgewiesen werden. Diese Geschlechtszellen, die sich äußerlich nach keiner Richtung hin unterscheiden und doch physiologische Verschiedenheiten aufweisen, werden deshalb nach ihrer geschlechtlichen Unterschiedlichkeit in Plus- und Minuszellen eingeteilt. Es können sich nämlich nur Plus- und Minuszellen gegenseitig befruchten, niemals etwa gleichartige. Gemeinlich läßt sich diese physiologische Verschiedenheit sogar bei ziemlich niederen Lebewesen, nämlich gewissen Algen, auch dadurch, daß die verschiedenen Geschlechtszellen verschiedenartige Stoffe ausscheiden, also besondere, weiblich oder männlich gekennzeichnete Stoffe, die sogar durch Filtration isoliert werden konnten. Diese Stoffe bewirken die gegenseitige Anziehung und Gruppenbildung der Plus- und Minuszellen, die der eigentlichen Verschmelzung vorausgehen. Bei den erwähnten niederen Algen werden diese Stoffe aber nur unter Lichtzutritt erzeugt, wie auch die Kopulation niemals im Dunkeln erfolgt. Erhitzung über 50 Grad macht diese Absonderungen unwirksam, im übrigen verlieren sie ihre Fähigkeit nach fünf bis sechs Stunden regelmäßig. In eine andere Flüssigkeit herab, sie sind also nach dem heutigen Stande schon ziemlich genau erforscht. Damit ist also nachgewiesen, daß bei den der äußeren Form nach völlig gleichen Zellen doch stets zwei Arten, aber auch nur zwei Arten von Geschlechtern gebildet werden, und daß empirisch erfassbare sekundäre Geschlechtsunterschiede zwischen diesen beiden bestehen.

Die Erfahrung über die Geschlechtsbestimmung an niederen Algen hat nun weiterhin die Möglichkeit nahegelegt, daß auch die scharf unterscheidbare Geschlechtlichkeit nicht wie bisher nach den Erfahrungen bei höheren Tieren angenommen wurde, stets erblich festgelegt sei, sondern daß sie unter Umständen von äußeren Bedingungen abhängig sei. Vieles haben Versuche an im Meere lebenden Würmern bestätigt. Wenn z. B. bei einer Würmgattung

in der Jugend männliche und weibliche Tiere entstehen, die sich aber in einem gewissen Alter alle sekundär in weibliche umwandeln, so kann man aus diesen älteren weiblichen Tieren nun wieder umgekehrt weibliche Tiere erzielen, wenn man sie zerschneidet und ihr hinteres Ende sich neu bilden läßt. Dadurch ist die Abhängigkeit und Bestimmtheit des Geschlechts von äußeren Einflüssen und Umständen nachgewiesen. Und wenn auch eine Umwandlung auf höhere Tiere oder gar auf Menschen aus diesen Forschungen natürlich noch nicht möglich ist, so sieht man doch klar die Berechtigung der Annahme der nun allgemein gültigen Sexualitätstheorie von der jeder Zelle zunächst innewohnenden doppelgeschlechtlichen Potenz. Ob man vielleicht einmal dazu gelangen kann, das Geschlecht der Nachkommenschaft in jedem Falle stets sicher voraus zu bestimmen, steht natürlich noch dahin. Dr. v. W.

## Die Stadt der Erinnerungen

Im Verlag „Der Buchvertrieb“, G. m. b. H., Berlin SW 61, ist soeben ein Reisebuch erschienen, Erich Grisar: Mit Kamera und Schreibmaschine durch Europa (Preis 4,30 Mark). Etwa 100 Tiefdruckphotos des Verfassers illustrieren den prächtig ausgestatteten Band, in dem Grisar über seine Reisen im außerdeutschen Europa berichtet, berichtet nicht mit Auge und Feder eines Aestheten, sondern als sozialistischer Beobachter. Der nachfolgende Bericht über Zürich zeigt deutlich, worauf es Grisar ankommt:

Wir kamen von Luzern, wo wir uns gar nicht wohlgefühlt hatten. Es war uns zu sehr allerersten Ranges. Mit dem Gefühl, daß gutgeübte Hosen und gepflegtes Schuhwerk zu dieser Stadt gehören, in der nur gewohnheitsmäßige Müßiggänger sich wohlfühlen können, fuhrn wir weiter nach Zürich. Hier gefiel es uns viel besser. Das Gefühl, wenn es irgendwo in der Welt sich gut leben läßt, dann muß es hier sein, ließ uns nicht los. Mag sein, daß das Bewußtsein, auf historischem Boden zu wandeln, unsere Phantasie über Gebühr beflügelte. Aber so ist nun mal Zürich. Ohne seine Vergangenheit wäre es vielleicht eine Stadt wie viele andere, aber es ist keine Stadt wie andere Städte, es hat nun einmal seine Vergangenheit. Und was für eine Vergangenheit! Da ist kaum eine Straße, über deren Pflaster nicht einer von denen gewandert ist, die lange in die Reihe der Ewigen und Unvergessenen eingegangen sind. Hier hat Pestalozzi, der große Schulreformer Zürichs und der Welt, gelebt. Lebendiger noch als diesen ist die Erinnerung an Gottfried Keller, den größten Dichter der Schweiz. Noch steht die Depflichommer in der Rindermarschstraße, in der Gottfried Keller allabendlich im Kreise guter Freunde seinen Schoppen trank, und mancher gute Scherz, den er hier erjann, geht unter den Bürgern Zürichs um. Zum hundertsten Geburtstag des Dichters hat der Wirt über dessen Stammtisch ein Relief anbringen lassen. Das stört nun ein wenig, aber man muß was tun, meint der Wirt. Die Zeiten sind schwer. Zumal in der Stadt, die soviel Erinnerungsstätten hat. Denn hier im alten Zürich ist kaum ein Haus, an dem nicht eine Erinnerungstafel hängt. Bürgerliche und sozialistische Politiker haben im letzten Jahrhundert die Stadt bevölkert, die in einem von Monarchen beherrschten Erdteil dort republikanischer Gesinnung war. Hier haben die aus ihrem Vaterlande vertriebenen Teilnehmer der 48er Revolution Aufnahme gefunden, später wohnten die Kommunisten Frankreichs hier. In der Zeit des Sozialistengesetzes haben die Opfer des deutschen Polizeistaates hier Schutz gesucht, und der „Sozialdemokrat“, jenes Organ, das in den Zeiten schwerster Bedrängnis die deutschen Sozialisten zusammenhielt, ist in seiner ersten Zeit in Zürich geschrieben und gedruckt worden. Von hier brachte der rote Feldpostmeister Belli die Fackeln jenes Geistes, der berufen war, den Absolutismus überpanneter Herrscher zu überwinden, über die nahe Grenze in das hart umkämpfte Deutschland der Arbeiter. Kautsky und Bernstein, die beiden großen Theoretiker der Partei, haben zu jener Zeit hier gewohnt und gemeinsam den Grund gelegt zu den Büchern, aus denen die junge Generation ihr Wissen über den Sozialismus schöpft.

Später, als die deutsche Partei sich schon durchgesetzt hatte und zu einer Macht geworden war, die kaum noch zu umgehen war, hat August Bebel, der unvergessene Führer der Partei, hier gelebt. Keine hundert Meter von dem Grabe Kellers, der im Schatten eines mächtigen Baumes bestattet liegt, ruht er mit der Gefährtin seines Lebens. Die benachbarte Grabstelle ist durch den Schwiegerjohn und den Enkel Bebels belegt, die beide wenige Wochen vor Bebel starben.

Aber nicht nur ernste Erinnerungen sind es, die in dieser Stadt leben. In seinem Werke „Aus meinem Leben“ hat Bebel uns erzählt, wie lustig es manchmal im „Möhrenklub“ zugegangen ist, den die in Zürich lebenden deutschen Genossen in Erinnerung an einen Berliner Klub gleichen Namens gründeten. Kamen Parteigenossen aus dem Reich, dann ging es hier besonders lustig zu. Das „Lied vom Bürgermeister Tschick“ und das „Petroleumlied“, beide voll Anspielungen auf die politischen Verhältnisse in der Heimat, wurden oft und laut gesungen. Oder es wurde ein Spieß, den man entlarvt hatte, gründlich verhaun.

Während des Weltkrieges war Zürich, wie die ganze Schweiz, vor allem der Sammelpunkt jener, die gegen den Krieg arbeiteten und darum in ihrem Vaterlande nicht leben konnten. Noch ist in der Spiegelgasse, einer kleinen von Proletariern bewohnten Gasse, das Haus zu sehen, in dem Lenin bis zum Ausbruch der Revolution gelebt hat.

Die Schweizer selbst weit entfernt, Bolschewisten zu sein, aber mit gesundem Sinn für Geschichte und ihre Exponenten begabt, haben dem Andenken Lenins eine Tafel geweiht, die an dem Hause, in dem Lenin seine Züricher Zeit verbrachte, angebracht ist.

„Hier wohnte vom 21. Februar 1916 bis 2. April 1917 Lenin, der Führer der russischen Revolution“, steht auf dieser Tafel, die nur eine unter unzähligen Gedenktafeln an den Häusern in dieser Stadt ist. Aber obwohl der Beschluß, eine Gedenktafel anzubringen, von den bürgerlichen Stadtverordneten mitgeföhrt war, stellten sich einige bürgerliche Organisationen hinter den Hauswirt, um ihn zu bewegen, die Tafel wieder entfernen zu lassen. Man drohte dem Manne mit dem Boykott seiner Wirtschaft, aber die Stadt gab ihm eine kleine Abfindung als Ausgleich und die Tafel blieb. So verdient der Wirt doppelt an diesem Gast, den er zu Lebzeiten kaum beachtet, denn fast alle Fremden kommen hierher, um das Haus zu sehen, in dem Lenin gelebt hat. Und mancher verzehrt wohl auch sein Schöppllein und läßt sich von dem Wirt ein Anekdotchen erzählen. Auch das gehört mit zu der Atmosphäre dieser Stadt, die uns weniger durch ihre Geschichte als durch die Geschichten erfreut, mit denen sie ihre Gäste beschenkt.

## Wissenswertes

Nikotin.

Nikotin ist ein heftiges Gift, das sich vor allem in der Tabakpflanze findet und von dem ganz geringe Mengen genügen, um einen Menschen zu töten. Wie alle Gifte, wird das Nikotin natürlich auch in der Heilkunde angewandt. Wenig bekannt ist aber, daß in letzter Zeit Nikotin auch in größerem Umfang in der Gärtnerei und im Gemüsebau zur Befämpfung tierischer Schädlinge, und in der Viehzucht zur Befämpfung von Hautkrankheiten der Tiere verwendet wird. In Rußland ist außerdem die Sitte weit verbreitet, die Schafe mit Nikotinslösungen zu waschen; das soll nicht nur als Vorbeugungsmittel gegen die verschiedenen Hautkrankheiten dienen, sondern man hat die Beobachtung gemacht, das durch das Waschen der Wolle beschleunigt und ihre Qualität erhöht wird.